H 8040 F
ISSN 1619-1404
Nummer 83
Juli/Aug. 03
2,00 Euro

DER RECHTE RAND

Antifaschistischer Widerstand
gegen NS-Mörder und Revisionismus



Mittenwald 2003

Informationen von und für AntifaschistInnen

Wahlen in Bremen – Gebirgsjägertreffen – „Institut für Staatspolitik" – Bernd Rabehl-Porträt – Prozess gegen „Skinheads Sächsische Schweiz" – Tonstudio „Art of Sound" – Familienaufstellung nach Hellinger – Deutscher Opferdiskurs – Akademische Anti-Antifa – Wahlen in Belgien – Terror in Südafrika – Entschädigungsdebatte in Österreich – Rezensionen – Meldungen

In diesem Heft

Fotos in dieser Ausgabe:
arbeiterfotografie.com (S. 1 und 3), P. Jülich (S. 13), Bildarchiv DER RECHTE RAND (S. 6)

Editorial

Kaum war die Nachricht über Jürgen W. Möllemanns Tod über den Nachrichtenticker gegangen, konnte man es allerorten hören und im Internet lesen: Der letzte „Vollblutpolitiker“, ein „Mann des Volkes“ sei nun gestorben, der sich nicht von „Tabus“ habe beeindrucken lassen und auch nicht vor einer Konfrontation mit dem „Zentralrat der Juden in Deutschland“ zurückgeschreckt sei. Dieser habe ihn – zusammen mit den Medien – in den Tod „getrieben“. Und in diversen Internetforen, sei es bei der FDP, auf Möllemanns Homepage oder dem WDR, heißt es: Möllemann habe das gesagt, was viele denken und „ich hätte seine neue Partei gewählt“. Die völlig Wahnhaften hatten selbstverständlich den „wirklichen Täter“ längst ausgemacht: Es war – wie immer – der israelische Geheimdienst Mossad, der ihn ermordet habe.

Eine deutliche Kritik an Möllemanns antisemitischen Äußerungen vom letzten Jahr u.a. gegenüber Michel Friedman, die er mit seinem Buch erneuerte, war indes nur selten aufzufinden. Stattdessen wurde die letztjährige Debatte mehrfach als „Israel-Debatte“ beschönigt.

Nach der Hausdurchsuchung bei Michel Friedman toben sich die antisemitischen Ressentiments nun vollends aus. Doch wieder einmal hat das alles angeblich gar „nichts mit Antisemitismus zu tun“, wie der „Kölner Stadt-Anzeiger“ behauptet. Der „Inquisitor“, „Moralapostel“ und „Scharfrichter“, so tönt es dennoch, müsse jetzt endlich von seinem „hohen Ross“ heruntersteigen und fortan, was die Erinnerung an die deutschen NS-Verbrechen, deren gesellschaftliche Nichtaufarbeitung und den aktuellen Rassismus und Antisemitismus angeht, „den Mund halten“. Von so einem müsse man sich nichts mehr sagen lassen - Ende, aus, Schlussstrich.

Auch in Solingen wünschen Einige, dass es „doch mal gut sein müsse mit der Erinnerung“. Ende Mai wurde dort des zehnten Jahrestags des von Neofaschisten verübten grausamen Brandanschlags auf die Familien Genc gedacht, bei dem fünf Familienmitglieder ermordet worden waren. Abseits der offiziellen Trauerfeiern hörte man Anderes: Solinger BürgerInnen behaupten öffentlich, dass die Familie Genc doch „einen guten Schnitt gemacht habe“, sich nun ein luxuriöses Haus leisten könnte und auch im Supermarkt nicht mehr bezahlen müsse. So die Antworten bei einer Straßenumfrage in einem Beitrag des ZDF-Magazins „Frontal 21“. Mevlüde und Durmus Genc sind in Solingen geblieben, sie leben in einem Haus mit Panzerglas, Zaun und Videoüberwachung. Deutsche Normalzustände?

Aus kritischer Perspektive nicht nachvollziehbar ist ebenfalls, dass nach dem aktuellen Bericht des „Bundesamtes für Verfassungsschutz“ die Zahl „rechtsextremistischer Gewalttaten“ im Jahr 2002 deutlich gestiegen sei und gleichzeitig „politisch motivierte Kriminalität von rechts“ abgenommen habe. Danach habe es bei den „rechtsextremistischen Gewalttaten“ auch keinen Mordfall gegeben – was nur als blanker Zynismus gewertet werden kann, wenn man sich den durch Neonazis verübten, ideologisch motivierten brutalen Mord in Potzlow vergegenwärtigt. Doch nach der VS-Rechnungsart ist dies nicht als Verbrechen mit dem Ziel der „Außerkraftsetzung oder Abschaffung eines Elementes der freiheitlichen demokratischen Grundordnung“ zu werten.

Gleichzeitig wird antifaschistische Arbeit als „linksextremistisch“ diffamiert. In diesem Klima erstarken aktuell nicht nur militante, sondern auch (schein-)akademische Bestrebungen gegen antifaschistische Personen und Organisationen. Dieser sich bürgerlich-demokratisch gerierenden „Anti-Antifa“ die Maske vor dem neu- oder altrechten Gesicht zu reißen und sie zu entlarven, wird auch weiterhin die Aufgabe von AntifaschistInnen bleiben.

Der nächste Rechte Rand erscheint Anfang September. Redaktionsschluss ist am 14. August 2003.

Schulterschluss geübt

Protest gegen das Pfingsttreffen der Gebirgstruppe in Mittenwald

Die Gebirgstruppe der Wehrmacht hat sich im Zweiten Weltkrieg schwerster Verbrechen schuldig gemacht. Dennoch feiern die Veteranen alljährlich zu Pfingsten Wiedersehen im bayrischen Mittenwald - gemeinsam mit Gebirgsjägern der Bundeswehr. In diesem Jahr sahen sich die 2.000 Teilnehmer der größten soldatischen Feier in Deutschland erstmals umfangreichen Protesten gegenüber. Der Arbeitskreis „Angreifbare Traditionspflege" und die „Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes" (VVN) hatten unter anderem ein Hearing mit Historikern und Überlebenden von NS-Kriegsverbrechen organisiert.

Von Joachim F. Tornau

Mit zitternder Hand zeigt Amos Pampaloni auf eine Stelle in seinem Nacken. Hier, berichtete der 93-jährige italienische Weltkriegsveteran am Pfingstsamstag in der Mittenwalder TSV-Sporthalle, habe ihm der deutsche Offizier die Pistole zum Genickschuss aufgesetzt und abgedrückt. Doch wie durch ein Wunder überlebte Pampaloni und musste sehen, wie die übrigen 80 Männer seines gefangen genommenen Bataillons nach und nach von Wehrmachts-Gebirgsjägern ermordet wurden. „Die deutschen Soldaten sind dann singend abgezogen", erinnerte er sich. Es war der 13. September 1943 auf der griechischen Insel Kephallonia. Mindestens 4.000 italienische Kriegsgefangene wurden an diesem Tag kaltblütig von den Deutschen hingerichtet.



Ein Nazi-Sympathisant präsentiert das Heft der Gebirgsjäger und seine Meinung zum antifaschistischen Protest

Kephallonia ist das bekannteste Verbrechen der deutschen Gebirgstruppe - nicht zuletzt, weil sich die Staatsanwaltschaft in Dortmund derzeit darum bemüht, das in den sechziger Jahren ergebnislos eingestellte Verfahren wieder aufzurollen. Doch es ist nur eines von mehr als 50, die sich nachweisen lassen und die bis heute ungesühnt sind. Allein beim Marsch durch Montenegro brachten die Gebirgssoldaten in einer Woche 10.000 ZivilistInnen um. Ein Sechzigstel der Bevölkerung.

Als Amos Pampaloni seine erschütternde Geschichte in Mittenwald erzählte, war er seinen Peinigern von einst vielleicht so nah wie seit damals nicht mehr. Denn der malerische Kurort nahe der österreichischen Grenze war wie jedes Jahr zu Pfingsten voll mit Veteranen der Gebirgstruppe. Zusammen mit Soldaten der Bundeswehr gedenken sie alljährlich beim Gebirgsjäger-Ehrenmal auf dem Hohen Brendten ihrer gefallenen Kameraden. Die Gräueltaten ihrer Einheiten erwähnen sie dabei nicht. Für den unkritischen Schulterschluss zwischen Alt und Jung sorgt seit gut 50 Jahren der „Kameradenkreis der Gebirgstruppe" - ein Traditionsverband, in dem sich rund 8.000 ehemalige und aktive Gebirgsjäger zusammengeschlossen haben. Auch Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) gehört der Organisation an, in deren Mitgliederzeitschrift die Kriegsverbrechen immer wieder geleugnet werden.

Doch so ungestört wie gewohnt konnte das Heldengedenken in diesem Jahr nicht über die Bühne gehen. Nicht nur eine lautstarke Demonstration, bei der trotz Regens 400 Menschen durch den Ort zogen und die Bestrafung der Täter und die Entschädigung der Opfer forderten, mussten die Kameraden hinnehmen. Auch auf dem Hohen Brendten blieben sie nicht unter sich: Entlang der einzigen Zufahrtsstraße zur Soldatenfeier hatten sich mehrere hundert AktivistInnen zu einer Mahnwache versammelt. Partisanenlieder schallten von hier bis hinauf zum Ehrenmal, auf das bereits einige Tage zuvor jemand „Gegen die Traditionspflege der Gebirgsjäger" gesprüht hatte.

Mit der Erinnerung an die Massaker und dem Benennen der Täter - mehr als 160 noch lebende Beteiligte hat der Arbeitskreis „Angreifbare Traditionspflege" recherchiert - lösten die DemonstrantInnen heftige Reaktionen aus. Von den Veteranen mussten sie sich wütende Beschimpfungen anhören, mancher alte Herr wollte handgreiflich werden, einer zeigte gar den Hitler-Gruß. Der Präsident des Kameradenkreises, Brigadegeneral a.D. Ernst Coqui, sprach von „Verleumdungen" und „Beleidigungen". Dass er nur an die toten Gebirgsjäger und nicht an ihre Opfer erinnern wollte, rechtfertigte er mit einem gewagten Vergleich: Beim Volkstrauertag im November gehe es ja auch nur um die Soldaten und nicht etwa um Verkehrstote.

Für die Bundeswehr ist diese Haltung kein Grund, sich von der Veranstaltung zu distanzieren. Wie immer waren Militärbusse im Einsatz, um die gebrechlichen Veteranen zu transportieren, wie immer hielten uniformierte und bewaffnete Soldaten die Ehrenwache. Generalmajor Kersten Lahl, der als offizieller Vertreter der Bundeswehr die Feier besuchte, erklärte: Er persönlich denke im Stillen an „alle Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft", wenn er den Kranz des Verteidigungsministeriums niederlege. Und das sei ihm genug.



Hennig Scherf

Außer Spesen nichts gewesen?

Bürgerschaftswahlen in Bremen

Am 25. Mai diesen Jahres wurden in Bremen und Bremerhaven die neue Bürgerschaft sowie die Beiräte gewählt. Die zuletzt regierende Koalition aus SPD und CDU hatte im Vorwahlkampf kräftig die Werbetrommel für eine Fortsetzung ihrer Politik gerührt. Letzen Endes wurde die große Koalition unter dem SPD-Bürgermeister Henning Scherf bestätigt.

Von Moritz Kramer & Lena Friedrichs

Die SPD kam auf 42,3% der abgegebenen Stimmen und die CDU nach großen Stimmenverlusten auf 29,8 %. Die Grünen kamen auf 12,8 %, die FDP auf 4,2 % (5,7% in Bremerhaven) und die PDS auf 1,67 %. Eine Besonderheit im Zwei-Städte-Bundesland Bremen: Wer in Bremerhaven über 5% der Stimmen erreicht, bekommt ein Mandat im Bremer Parlament, auch wenn im Bremer Stadtgebiet zu wenig Stimmen erzielt wurden. Diesen Umstand machen sich besonders rechte Parteien gerne zu Nutze. Wie z.B. die DVU, die mit 2,29 % ihren Sitz in der Bürgerschaft behält, da sie in Bremerhaven auf über 7 % kam. Die erstmalig in Bremen angetretene „Schill-Partei" kam auf 4,3 % und verpasste den Einzug ins Parlament nur knapp. Die „Deutsche Partei" kam auf 0,5% der Stimmen. „Die Republikaner" kandidierten lediglich für einen Beirat, dies leider auch mit Erfolg. Nicht angetreten war die NPD.

Im Folgenden sollen die rechten Parteien und ihr Wahlkampf in Bremen im Einzelnen beleuchtet werden.

„Partei Rechtsstaatliche Offensive" – „Schill Partei"

Ein rechtspopulistischer Wind wehte nach dem Wahlerfolg des Ronald Schill bei den Landtagswahlen im September 2001 in Hamburg durch die Lande. Angetan von dieser „starken Brise" fand sich auch in Bremen ein klägliches Häuflein von Law & Order-Fans zusammen, und gründete im Juni letzten Jahres einen Bremer Kreisverband, einen Tag später auch den Ortsverband Bremerhaven. Schon zu den Bundestagswahlen im Herbst letzten Jahres machte sich dann die Gruppe von RechtspopulistInnen in Bremen bemerkbar - mit Plakaten, für „härtere Strafen für Straftäter" oder „gegen Tiertransporte". Mehrere durch politische Prominenz aus Hamburg angereicherte Veranstaltungen waren mit höchstens 50 Personen eher schlecht besucht und der Versuch, sich auf der Straße zu etablieren, ging vollends daneben: Die Bremer „Schillfans" wollten „gegen Kriminalität" demonstrieren und suchten sich dafür ausgerechnet das linke und multikulturelle Ostertorviertel aus. Dafür mobilisierten die Schillianer exakt 13 Personen und ein Kleinkind zur Demonstration, die unter massivem Polizeischutz stattfand und sich über die gesamte Strecke antifaschistischen Protesten ausgesetzt sah.

Im Wahlkampf zu den Bürgerschaftswahlen sah die Partei von weiteren Demonstrationen ab, tauchte aber mehrmals mit kurzzeitigen Infoständen in verschiedenen Stadtteilen auf. Auch verschiedene Veranstaltungen, die Gründung eines Frauenstammtisches und zwei unterschiedliche Internetauftritte zeigen, dass von allen Rechtsaußen-Parteien die Schillpartei den intensivsten Wahlkampf veranstaltet hat. Inspiriert von der DVU machten sie sich daran, möglichst viel und flächendeckend Plakate im Bremer Land aufzuhängen.

Beim Stichwort Polizei lohnt sich ein Blick auf die Landesliste der Partei. Der Spitzenkandidat der Gruppe arbeitet angeblich beim BKA Berlin: Jan Timke, ehemaliger Vorsitzender der Bremer „Statt-Partei" ist in seiner Freizeit leidenschaftlicher Akteur der populistischen Partei. Erstmalig aufgefallen ist er 1996, als er eine Anzeige gegen „Die Toten Hosen" wegen Beamtenbeleidigung erhob. Grund war seinerzeit die Textzeile „Wir schießen zwei, drei, vier, fünf Bullen um, wenn es nicht mehr anders geht" aus dem Lied „Bonnie & Clyde". Die Anzeige brachte Timke keinen Erfolg. Mit 4,3 % verpasste die „Schill-Partei" den Einzug in die Bürgerschaft nur knapp und brachte es auf sieben Sitze in verschiedenen Beiräten.

DVU

1987, Landtagswahlen in Bremen und Bremerhaven. Die „Liste D", ein Wahlzusammenschluss von NPD und DVU erlangte in Bremen 3%, in Bremerhaven 5,4 % und zog damit erstmalig mit einem Sitz in die Bürgerschaft ein. In der Öffentlichkeit waren PolitikerInnen und Medien bestürzt über das gute Abschneiden der Rechten, AntifaschistInnen demonstrierten nicht nur am Wahlabend.

Vier Jahre später konnte die DVU, diesmal ohne die NPD, noch einmal zulegen. In Bremen kam die Partei auf 6,2% und in Bremerhaven auf 10,6 %. Diese Wahlergebnisse brachten ihr 6 Mandate in der nächsten Legislaturperiode.

Dass die DVU-Fraktion Bremen in den folgenden vier Jahren an sich selbst zerbrach, spricht für ein allgemeines Phänomen. Wo immer die Partei auch Wahlerfolge verzeichnen konnte, sind deren öffentlichen VertreterInnen manchmal kaum in der Lage, einen zusammenhängenden Satz zu sprechen, geschweige denn, eigenständige parlamentarische Arbeit zu verrichten. Zentral aus München geleitet, werden Reden von Gerhard Frey verlesen, die wenig bis nichts mit der Regionalpolitik zu tun haben. In Bremen hatten die Abgeordneten von 1991 mit Fraktionsgeldern ihre Privathäuser neu ausgestattet und sich somit selbst demaskiert. Was der Partei in Bremen aber auch anderswo fehlte, waren RegionalpolitikerInnen, die eine gewisse Eigenständigkeit und Kompetenz auf der politischen Bühne verkörpern konnten. Seit einigen Jahren versucht nun die DVU in Bremen mit ihrem Vorsitzenden Siegfried Tittmann genau an diesem Punkt für Veränderung zu sorgen.

Siegfried Tittmann (am 15. Mai 1954 in Leoben/Niederösterreich geboren) ist seit 1989 Mitglied der DVU. Seit 1991 ist er Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven, im Jahre 1995 wird er zum Vorsitzenden der DVU-Gruppe gewählt, um nach dem Wahlerfolg von 1999 in die Bremische Bürgerschaft einzuziehen. Tittmann, der auf der DVU-Homepage als Hobbys Jiu-Jitsu 2. DAN, Karate und Kickboxen angibt, ist nach eigenen Worten „im Ausschuß für Verfassung und Geschäftsordnung, Sport-Freizeit, Petitionsangelegenheiten, Frauen/Bürgerbeteiligung und Ausländer" tätig.

Zu den letzten Bürgerschaftswahlen trat die DVU wieder mit ihrem Spitzenkandidaten „Ein Mann, ein Wort,



Ronald Schill

ein Tittmann" (Plakatwerbung der DVU) an. Wie schon in den Jahren davor überhäufte die Partei die Stadt und das Land mit Tausenden Plakaten, Hauswurfsendungen, persönlichen Briefen an ErstwählerInnen und nervte mit einem Flugzeug, das wochenlang mit einem DVU-Werbebanner über die Stadt flog. Auf Plakaten wurde mit dem Konterfei des Vorsitzenden geworben, korrupten PolitikerInnen Knast angedroht und natürlich das ewige Feindbild des „Ausländers" heraufbeschworen. Die nächtlichen Plakatieraktionen wurden durch einen mit jungen Nazis besetzten Kleinbus geschützt, Infostände fanden fast ausschließlich in Stadtbereich von Bremerhaven statt und ein paar im Internet beworbene Wahlveranstaltungen gehörten zum Programm. Während in Bremen keine öffentlichen Veranstaltungen ausgerichtet und stattdessen eine Vielzahl der in Schwindel erregender Höhe aufgehängten Plakate zerstört wurden, wird Bremerhaven als Bastion betrachtet, dort befindet sich das Büro und Tittmann veranstaltet als echter „Mann des Volkes" dort seine Bürgersprechstunden. Mit den Stimmen in Bremen (2,3 %) wäre die DVU in der Bürgerschaft nicht mehr vertreten. Durch 7,7 % Stimmen in Bremerhaven hat es die DVU aber wiederum geschafft, mit einem Sitz in das Bremer Landesparlament einzuziehen.

DP - „Deutsche Partei"

Die „Deutsche Partei" (DP) ist nur auf den ersten Blick eine Neuheit in der Bremer Parteienlandschaft. Es handelt sich bei der wertkonservativen Partei vielmehr um den Versuch einer Neubelebung der alten DP, die von 1949 bis 1961 in der Bundesregierung saß und von 1955 bis 1959 den damaligen Ministerpräsidenten von Niedersachsen, Heinrich Hellwege stellte. Nun sollte der „Neuanfang für die ganze Republik [...] in Bremen beginnen", so der DP-Bundesvorsitzende Heiner Kappel.

Auf ihrer Homepage wurde ernsthaft davon geträumt, man könne in der Bürgerschaftswahl an alte Bremer Wahlergebnisse von bis zu 18% (in den Nachkriegsjahren) anknüpfen. Aber außer ein paar schlecht besuchten Veranstaltungen, Hauswurfsendungen und Flugzeugen, die das DP-Spruchband bei Großveranstaltungen über das Weserstadion zogen, war nicht viel zu hören. Und mit dem Ergebnis der Bremer Wahlen von 0,5 % dürfte sich dieser Plan wieder erledigt haben.

Neu sind auch einige Köpfe des Landesverbands nicht. Als Kandidat aufgestellt wurde zum Beispiel Reinhard Willnow, der bis vor drei Jahren bei den REP war, für diese in den 1990er Jahren auch als Pressesprecher aktiv. Nach den ersten großen Wahlerfolgen der „DVU/Liste D" im Jahr 1987 war Mitglied im Parlamentarischen Arbeitskreis von DVU und NPD. Staub aufgewirbelt hat Mitte der 1990er Jahre seine Lehrtätigkeit an der Bremer Bundeswehrfachschule. Das dort gegen ihn laufende Verfahren wegen seiner Funktion bei den REP wurde 2002 eingestellt, er selbst lehrt jetzt an der Bundeswehrfachschule in Naumburg/Saale.

Der Landesvorsitzende und Spitzenkandidat Reinhold Thiel ist stellvertretender Vorsitzender des Bremer Landesverband des „Bund der Vertriebenen" (BdV) und dortiger Vorsitzender der „Pommerschen Landsmannschaft". Damit ist er bei einer Partei, die sich zu klassischen Themen der Vertriebenen in deren Sinne äußert, auch passend: Themenbereiche sind ein „positives Bekenntnis zum Staat", der „Erhalt unserer christlich-abendländischen Kultur", das „Recht auf Heimát" und natürlich das „Durchsetzen von Recht und Ordnung" gleich „innere Sicherheit". Laut „Frankfurter Rundschau" hat auch der Verfassungsschutz „tatsächliche Anhaltspunkte" dafür entdeckt, dass sie „rechtsextreme Tendenzen verfolgt" und begonnen, die DP zu beobachten.

NPD

Die NPD Bremen war nach Wahlerfolgen in den 1960er Jahren (bis zu 6 Bürgerschaftsabgeordnete) gemäß dem bundesweiten Trend in die Bedeutungslosigkeit gerutscht. Der Landesverband Bremen/Bremerhaven hat sich seit Anfang der 1990er Jahre wieder auf über 50 Mitglieder aufgefrischt und ist die Partei mit dem größten Anteil an jungen AktivistInnen. Dabei arbeitet sie mit NPD/JN-Gruppen/ "Stützpunkten" und Kameradschaften im Bremer Umland zusammen. Michael Kurzeja, Vorsitzender des NPD-Kreisverbands Bremen-Stadt, hat seine Karriere ursprünglich in einer Clique mit dem Namen „Torfsturm" begonnen. Einigen dürfte vielleicht der gleichnamige Film ein Begriff sein, der die von akzeptierenden Sozialarbeitern betreute Clique darstellt. Brisant war, dass diese Clique zeitgleich auch von dem in der Bremer Szene führenden Neonazi Markus Privenau „betreut" wurde, der in Michael Kurzeja damals so etwas wie einen Nachfolger gefunden hatte.

Der Landesvorsitzende Jörg-Hendrik Wrieden hat eine 20jährige Geschichte in der Bremer Naziszene: er war zum Beispiel Chef des Bremer Landesverbandes der „Deutschen Alternative". Er hat nicht nur Kontakte zur Szene der „Freien Nationalisten Bremen" sondern auch die Sympathie für deren politische Ausrichtung. Zuletzt wurde er im April letzten Jahres zu einer Bewährungsstrafe verurteilt, weil er im Juli 2000 über sein Fax-Gerät eine Presseerklärung von „Blood & Honour" versandt hatte. Darin hatte es unter anderem geheißen: „Absolut unverständlich ist, dass sich einige Beamte der Polizei immer noch fragen, warum Menschen wie Kai Diesner auf Polizisten schießen. Bei diesem Verhalten sollten sie sich besser fragen, warum die anderen dies nicht tun".

Während die NPD noch zur letzten Bundestagswahl Jörg-Hendrik Wrieden als Direktkandidaten aufstellte und ihre mickrigen Ergebnisse von 1998 (0,2%) auf ebenfalls nur 0,5% verdoppeln konnte, trat sie zur Bürgerschaftswahl gar nicht erst an, veranstaltete nur ganz vereinzelt Stände gegen denn Krieg oder verteilte Flugblätter zum selben Thema - hielt sich also aus dem Wahlkampf dieses Mal ganz heraus.

„Die Republikaner"

Auch von den „Republikanern" (REP) war fast gar nichts zu hören, zu den Bürgerschaftswahlen war die Partei nicht angetreten. Es existiert allerdings nach wie vor ein Bremer Landesverband. Die Aktivitäten der REP in Bremen haben Mitte der 1980er Jahre begonnen und sind von einer recht häufig wechselnden Belegschaft geprägt, ihr Kern ist klein und im Landesverband dürften kaum mehr als 30 Mitglieder zu zählen sein. Landesvorsitzender ist Peter Pricelius (56), der zu den Beiratswahlen im Bremer Stadtteil Walle, wo er selbst auch wohnt, antrat und einen Platz bekam. Das ist zwar ein kleiner Erfolg im großen Debakel, aber generell gleichen die REP der DP nicht nur in den Inhalten, sondern auch in den Wahlergebnissen, die gegen Null gehen.

Zusammengerechnet haben die rechts von der CDU angesiedelten Parteien insgesamt 21.042 Stimmen bekommen und sind nur durch die Bremerhavener Wahllisten an Mandate für das Bundesland Bremen gekommen. In Bremen gelang es sowohl der DVU als auch der „Schill-Partei" und den REP, Sitze in Stadtteilbeiräten zu erlangen. Was die unterschiedlichen Parteien daraus machen, bleibt abzuwarten - unterm Strich ist die Situation nach den Wahlen wie vor den Wahlen.



Pennales Pauken

Um sich und ihren Gleichaltrigen „eine schöne und sinnvolle Freizeitbeschäftigung" zu ermöglichen, schlossen sich ein paar Jugendliche in Chemnitz zu einer Schülerverbindung zusammen.

Von Annelies Senf

Unter dieser Freizeitbeschäftigung verstehen die Mitglieder der „pennalen Burschenschaft (pB!) Theodor Körner zu Chemnitz" „eine ausgewogene Mischung aus körperlicher Ertüchtigung, Feiern und geistiger und seelischer Betätigung". Mit dem Leitspruch „Deutsch und Frei! Kühn und Treu!" und dem Bekenntnis zu den Idealen der Urburschenschaft „Ehre, Freiheit, Vaterland!" gründete sich die pB! am vielfach historisch belasteten 9. November 2002 in Chemnitz. Diesen Werten verbunden, beanspruchen die „patriotischen Gymnasiasten" der fakultativ schlagenden Verbindung den Aufbau „politischen, geschichtlichen und kulturellen Wissens" bzw. dessen Vermittlung an Mitschüler.

Ausschlaggebend für die Gründungsidee waren Kontakte zur extrem rechten „Deutschen Burschenschaft" (DB) über „Dol2Day", einem politischen Internetplanspiel, in dem die Spielenden einen eigenen Staat simulieren. Ermöglicht wurde die Gründung durch Alte Herren, mit denen sich die Schüler erstmals am 20. April 2002 in den Räumlichkeiten der ansässigen „Burschenschaft Teutonia" trafen.

Die Alten Herren spielen für Schülerverbindungen durch Unterstützung und direkte Verbindung zu den Burschenschaften die zentrale Rolle. Ihnen geht es dabei vorrangig um die Förderung des Korporationswesens und des Nachwuchses für Hochschulverbindungen, fungieren doch die Schülerverbindungen als Rekrutierungsfeld für die Burschenschaften. Dies erklärt auch die regen Tätigkeiten von Burschenschaftern im Internet, die auf ihre Seiten u. a. fertige, abrufbare Selbstdarstellungs- und Gründungstexte stellen.

Dem entsprechend sind die Schülerverbindungen wie die Burschenschaften hierarchisch aufgebaut und schließen sich unter Dachverbänden zusammen. Ebenso verstehen sie sich als traditionsbewussten und politischen, aber nicht parteipolitischen Lebensbund. Ganz im deutschnationalen Sinne ist „Vaterland" gleichbedeutend mit Heimat, Volk, Geschichte, Tradition, Kultur, Landesverteidigung und Umweltschutz. Sie bekennen sich zu Österreich, darüber hinaus zur deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft bzw. treten für ein Europa der Völker ein. Allerdings ist das Verhältnis seit Jahren getrübt: Dass sich Schüler mit dem Eintritt satzungsmäßig zu dem späteren Beitritt in die Burschenschaft verpflichten müssen, stößt viele ab. Hinzu kommt die kurze Aktivenzeit der Schüler von max. 3 Jahren (10.- 12. Klasse), die den Gründungen eine kurze Lebensdauer beschert.

Auch wenn die burschenschaftliche Struktur in Chemnitz sehr schwach entwickelt ist und der pB! Anknüpfungspunkte fehlen, sollte sie nicht unterschätzt werden. Pflegt sie doch weitreichende Verbindungen zu extrem rechten Burschenschaften. Die ersten Unterstützer waren die „Rheinfranken" aus Marburg, Mitglied in der DB. Die Affinität der DB zur extremen Rechten zeigt sich sowohl in den personellen und organisatorischen Verflechtungen einiger Burschenschaften als auch in der Verwandtschaft bzw. der Rezeption von Ideen. Abzulesen ist das beispielsweise in den klar definierten Aufnahmevoraussetzungen.

Weitere kräftige Unterstützung erhalten die Pennäler von den Alten Herren Mirko Kühnel von der „Burschenschaft Normannia Jena", Lars-Ove Brandenburg von der „Burschenschaft Markomannia Greifswald" und dem Chemnitzer Stadtratsabgeordneten der „Republikaner", Martin Kohlmann von der „Arminia Leipzig". Außerdem tauchte die DB als Unterstützer auf, nachdem einige Mitglieder die örtliche „Vereinigung Alter Burschenschafter" (VAB) mit der Aufforderung nach Unterstützung angeschrieben hatten. Der VAB distanzierte sich anfänglich, da der Republikaner Kohlmann als maßgeblicher Alter Herr agiert.

So ist es nur konsequent, wenn auf der Internetseite der pB! ausschließlich Links zu Burschenschaften existieren, die Mitglied in der DB, der „Deutschen Burschenschaft Österreich" (DBÖ) oder der „Burschenschaftlichen Gemeinschaft" (BG) sind, und die Pennäler zum „Burschentag" nach Eisenach bzw. zum Wartburgfest fahren. Da wundert es nicht, wenn die „Junge Freiheit", die sich selbst als Pflichtlektüre für deutsche Studierende mit nationaler Gesinnung versteht, der Chemnitzer pB! mit einem Artikel Aufmerksamkeit schenkt. In ihm bekundete das Blatt seine Solidarität gegen den wachsenden Widerstand einiger SchülerInnen und der Schulleitung, dem die Schülerverbindung seit ihrer Gründung ausgesetzt ist.

Die Schuldirektorin informierte umgehend das Schulamt, die Polizei und den Verfassungsschutz und verbot das Tragen von Bändern und Mützen. Einige Eltern forderten ein sofortiges Verbot. Deutlich wird an dieser Stelle, wie problematisch der Umgang mit Schülerverbindungen ist. Die zivilgesellschaftlich eingeübte Unterscheidung zwischen DemokratInnen und Rechtsextremen und der daraus folgenden Forderung nach einem Verbot greift nicht. Laut Verfassungsschutz ist die pB! keine verfassungsfeindliche Organisation. Wahrscheinlich auch aus diesem Grunde legte sich das öffentliche Interesse an der pB! wieder. Lediglich die PDS nahm die Schülerverbindung als ein Diskussionsthema auf. Bedenklich stimmt die Gewöhnung in der Wahrnehmung der pB! und die Beugung unter den Druck von Anzeigendrohungen seitens der Pennäler wegen angeblicher Verleumdung. Die schulinterne Diskussion ist mittlerweile abgebrochen, das LehrerInnenkollegium verhält sich nicht eindeutig dagegen, vielmehr üben sich einige LehrerInnen als KritikerInnen an der antirassistischen Arbeit, die von SchülerInnen initiiert wurde.

Jedoch konnte durch den Druck innerhalb der Schule auch ein kleiner Erfolg erzielt werden: eines der 5 Mitglieder der pB! verließ diese und andere „Keilgäste" (Beitrittswillige) sprangen ab.

PDS-MdL bei Burschenschaft

Der europa- und migrationspolitische Sprecher der PDS im sächsischen Landtag, Heiko Kosel, hat Ende Mai diesen Jahres einen Vortrag bei der extrem rechten Burschenschaft „Cheruscia Dresden" zum Thema „Minderheiten und Europapolitik" gehalten. In einem Interview mit der „junge Welt" rechtfertigte Kosel, er habe „Auffassungen der PDS dort vertreten." Es gehe „schließlich um den Kampf um die Köpfe und Herzen der Menschen." Sicher sei „das Deutsch-Nationale" einer der „Geburtsfehler" der Burschenschaften. Die „Cheruscia Dresden", im Dachverband „Deutsche Burschenschaft" organisiert, pflegt laut Eigenangabe „studentische Traditionen wie das Schlägerfechten und das Farbentragen" und wendet sich „gegen den Werteverfall in der Gesellschaft." Einen Monat vor Kosel referierte der Rechtsextreme Franz Uhle-Wettler bei der „Cheruscia" zum Thema „Die Beeinträchtigung des Geschichtsbildes durch die politische Korrektheit."

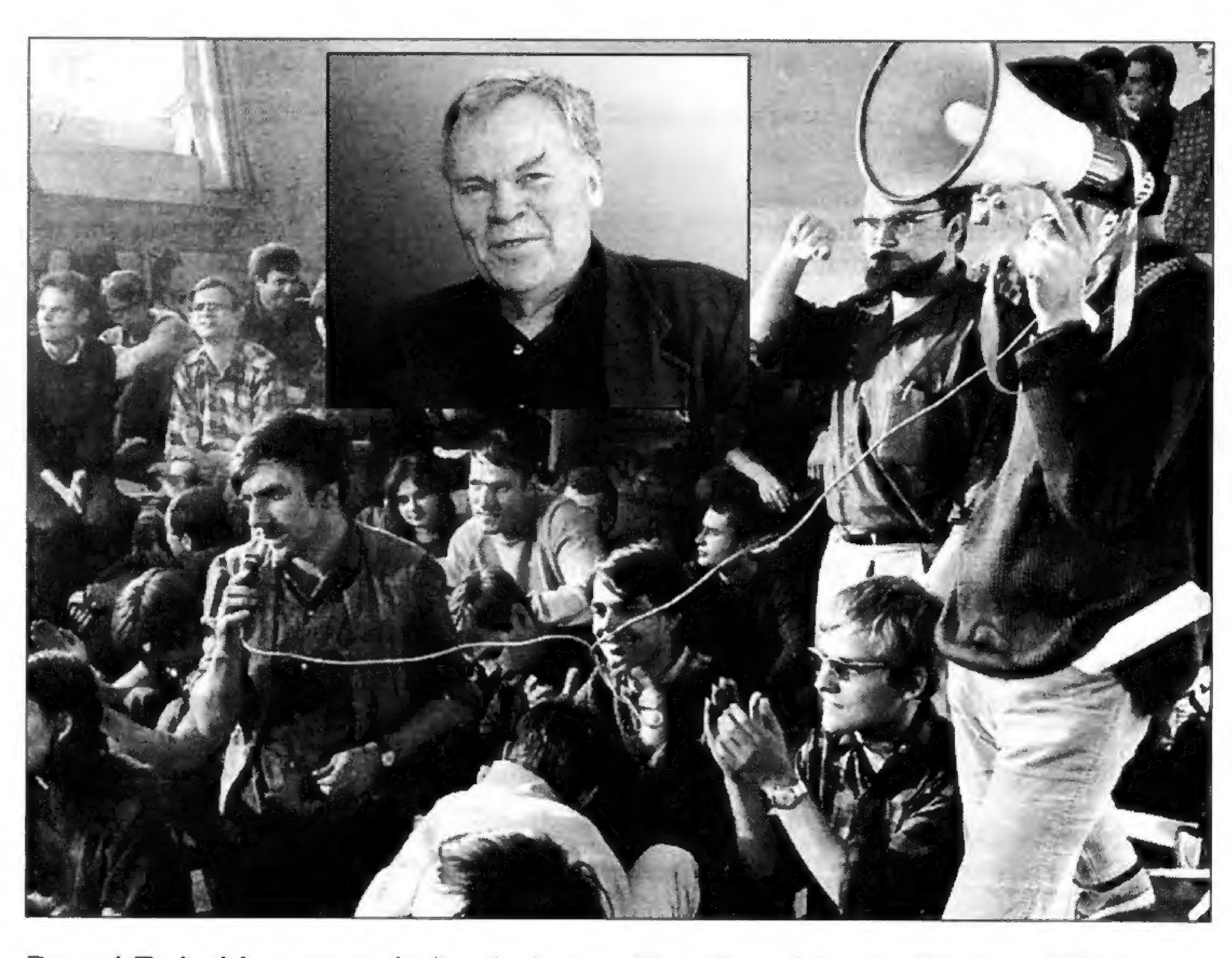
Revolution als Rutschbahn

Rabehls „Danubia-Rede“

Den Werdegang Bernd Rabehls lediglich als Irrweg eines Ex-Linken zu begreifen, ist zu kurz gegriffen. In ihm kommt auch das allgemeine Dilemma einer Linken zum Ausdruck, die auf eine grundsätzliche Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse abzielt, jedoch weder über eine kohärente Theorie noch Strategie verfügt.

Von Rolf Surmann

Seinen Ausgangspunkt skizziert Rabehl selbst, indem er sich z. B. in seinem Artikel „Grenzgänger“ in „Kalaschnikow“ Nr. 2/1999 auf die von Marx umrissenen Möglichkeiten der positiven und negativen „Aufhebung“ des Kapitals auf kapitalistischer Grundlage beruft. Der Zwang zur ständigen Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse als Voraussetzung seiner Fortexistenz wird von ihm dann in einem zweiten Schritt u.a. als „Chaotisierung sozialer Beziehungen“ kulturkritisch interpretiert. Als aktuelles Beispiel hierfür nennt er u.a. „Überfremdung“ durch „Asylanten- und Flüchtlingsströme“. Diese Einzelerscheinungen fasst er dann im Bild vom Niedergang nationaler Kultur zusammen. „Dekadenz und Lethargie“ seien die Konsequenzen. Rabehl sieht dennoch einen Ausweg: Der Verlust von traditionell linkem klassenorientiertem Handlungsvermögen soll durch den Rückgriff auf Reserven nationaler Identität und konservativer Tugenden ausgeglichen werden.



Bernd Rabehl gestern (mit erhobener Faust) und heute (kleines Bild); Redner: Rudi Dutschke in der Berliner FU (1967)

Hinsichtlich der APO kann sich Rabehl dabei durchaus auf einige Fakten berufen. Doch gibt er ihnen durch Falschdarstellungen ein unzulässiges Gewicht und verallgemeinert sie schließlich völlig falsch im Sinne seiner ideologischen Interessen. So hatten sowohl Dutschke wie auch er selbst die nationalrevolutionären Positionen der 1920er Jahre rezipiert und brachten sie – zeitweise - in die politische Debatte ein. Um diese Ansätze in ihrer politischen Relevanz einzuordnen, muss allerdings berücksichtigt werden, daß sie nicht einmal im Westberliner SDS unumstritten waren, von der buntscheckigen APO ganz zu schweigen. Grundsätzlich war die Lage von theoretischer und strategischer Unsicherheit geprägt. Alle nur denkbaren „Häresien“ der letzten hundert Jahre standen deshalb auf dem Prüfstand oder galten sogar eine Zeitlang als Hoffnungsträger.

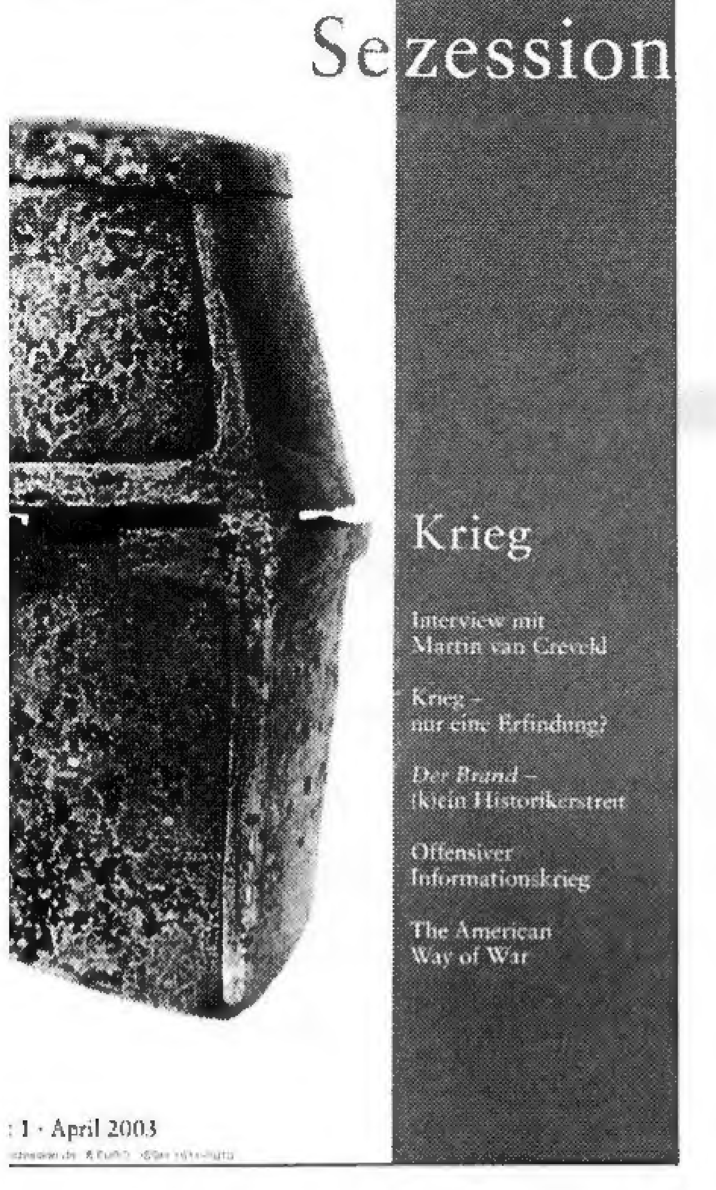
In seinem Vortrag vor der Münchener Burschenschaft „Danubia“ versucht Rabehl jedoch den Eindruck ideologischer Stringenz zu erwecken. Ausgerechnet der „Vietnam-Kongress“ wird von ihm als genuiner Ausdruck der angeblich von ihm und Dutschke vertretenen nationalrevolutionären Ideologie interpretiert. Tatsächlich ist dieser Kongress jedoch ein Beispiel für die Widersprüche selbst innerhalb des Westberliner SDS. Denn zeitgleich fand in den Räumen der „Evangelischen Studentengemeinde“ (ESG) eine Tagung statt, die alle auf die Arbeiterklasse ausgerichteten Organisationen zusammenzufassen suchte, um ein neues Politikkonzept zu beraten. „Schwerpunkt Internationalismus“ oder „Entwicklung von Ansätzen für die Ausweitung der Kämpfe in den Metropolen selbst“ lautete deshalb auch die Kontroverse 1968.

Zudem waren es weder traditionelle Sozialisten oder gar Geheimdienste, die das „nationalrevolutionäre Projekt“ zum Scheitern brachten, sondern Rabehl selbst zeichnete - sofern man seiner Geschichtsklitterung über den „Vietnam-Kongress“ folgt - hierfür verantwortlich. Denn er gehörte zu den Hauptinitiatoren der Tagung in der ESG. Selbst die persönliche Stilisierung zu den „'Nationalrevolutionären' Dutschke und Rabehl“ hält der Wirklichkeit nicht stand. Denn die politische Beziehung der beiden war zur Zeit des „Vietnam-Kongresses“ längst zerrüttet.

Bei Rabehls heutigem Rekurs auf das Nationale handelt es sich um die grundsätzliche Aufgabe emanzipatorischer Positionen. Mit seiner nationalen Propaganda in einer Zeit, in der selbst dem Kapital dieser Rahmen längst zu eng geworden ist, wird er zu einem „reaktionärem Sozialisten“ (Marx), der statt neuer gesellschaftlicher Formen für erstrebenswert erklärt, was im Kapitalismus gerade zerstört oder beiseite gelassen worden ist. Oder anders: Seinen Fortschritt glaubt er realisieren zu können, indem er die Ideologien von gestern gegen das Heute ins Felde führt.

Eine solche Position ist durch die spezielle Schwäche der 68er erklärbar, sich im Unterschied zur Mehrheit der westdeutschen Gesellschaft zwar mit den Verbrechen des Nationalsozialismus als denen der Väter auseinandergesetzt, sich dabei selbst jedoch als Vertreter einer (künftigen) besseren Welt gesehen zu haben. Der Preis für diesen Eskapismus war die Unfähigkeit, die eigene Verantwortung gegenüber der deutschen Geschichte zu bestimmen. Damit vergab man zugleich die Chance, als Voraussetzung für einen emanzipatorischen Neuanfang die Ursachen für die deutschen Verbrechen exakt aufzuarbeiten. Ein Wust an reaktionären Ideologien in dieser Gesellschaft wurde deshalb nicht der notwendigen Kritik unterzogen. So blieb vieles verfügbar, was zum „Brückenschlag“ taugt.

Allerdings ist diese Situation auch heute nicht überwunden. Denn weder sind die grundsätzlichen Orientierungsschwierigkeiten der Linken beseitigt, noch ist sie in der Lage, ihrer Verantwortung gegenüber der deutschen Geschichte nachzukommen. So sind elementare Aufgaben wie das Eintreten für die Interessen der letzten noch lebenden NS-Opfer weiterhin nicht selbstverständlich. Angesichts solcher Defizite ist der Fall Rabehl auch ein Anlass zur Selbstreflexion.



Mit „Sezession" in den Krieg

Eine neue rechte Zeitschrift

Vollständig dem Thema „Krieg" ist die erste Ausgabe einer neuen Zeitschrift gewidmet, die unter dem Titel „Sezession" vom „Institut für Staatspolitik" (IfS) herausgegeben wird.

Von Mario B. Kern

Dem Mitte März diesen Jahres versandten Werbeschreiben ist zu entnehmen, dass der Titel mit Nietzsche als „große Loslösung" begriffen wird. Ganz dem Dezisionismus eines Carl Schmitt verbunden, geht es um eine Abkehr von nicht endenden Debatten. In der Zeitschrift werde „kategorisch, nicht hypothetisch gedacht", womit der „Vorsatz ihrer zukünftigen Leser" unterstützt werden soll, „Entscheidungen zu treffen und eben nicht nur zu debattieren." Angesichts der engen Verbindungen des IfS zur extrem rechten „Junge Freiheit" (JF) verwundert die euphorische und herausgehobene Ankündigung des Erstlings auf der Titelseite der Wochenzeitung nicht. Ganz im militärischen Jargon sieht JF-Herausgeber Dieter Stein in der Zeitschrift einen „Brückenkopf", der als Kristallisationspunkt der Sammlung von Autoren, Lesern und Ideen dienen sowie Debatten und Diskussionen katalysieren und verdichten soll - „... sie geben eine Richtung an, wenn die Lage unübersichtlich wird."

Welche Richtung dies ist, ist den Beiträgen der im April ausgelieferten Zeitschrift unschwer zu entnehmen. Schon im Vorwort tritt Karlheinz Weißmann unter Bezug auf die Kategorie des „Ernstfalls" für eine auf dem „Gesetz der Stärke" gründende Politik des „nationalen Interesses" ein. An den Arbeiten des israelischen Militärhistorikers Martin van Creveld gefällt Klaus Hammel zwar dessen These, dass der Wehrmacht hinsichtlich Moral, Elan und Zusammenhalt „wahrscheinlich unter den Armeen des zwanzigsten Jahrhunderts keine ebenbürtig" gewesen sei; von der auch von Creveld angeführten Tatsache, dass ohne die Wehrmacht der Holocaust nicht möglich gewesen wäre, will Hammel - letzte Verwendung in der Bundeswehr als Chef des Stabes des Wehrbereichskommandos VI/ 1. Gebirgsdivision - aber partout nichts wissen.

Mit Erich Vad findet sich ein weiterer Generalstabsoffizier der Bundeswehr unter den Autoren der „Sezession". Auch er veröffentlichte bereits in der JF, zuletzt im März diesen Jahres, eine Bewertung des Angriffs auf den Irak. In seiner Doktorarbeit und der neuen Zeitschrift des IfS gibt sich Vad als Schmittianer zu erkennen, der dessen Freund-Feind-Unterscheidung und manche geopolitische Vision teilt und diese für Entwicklungen und politisches Handeln der Gegenwart nutzen möchte. Vad, der seine Vorstellungen u.a. schon beim „Studienzentrum Weikersheim" und bei der „Clausewitz-Gesellschaft" vertrat, betätigte sich auch als Referent für Außen- und Sicherheitspolitik der CSU, für die er auch kommunalpolitisch aktiv ist.

Weitere Beiträge in „Sezession" beschäftigen sich mit Partisanenkriegen (Cornelius Fischer), mit Fritz Langs „Die Nibelungen" (Weißmann) sowie mit dem „Potsdam Center for Transatlantic Security on Military Affairs" (Manuel Ochsenreiter). Christian Vollradt schließlich nimmt - sich anderer Autoren bedienend - zufrieden zur Kenntnis, dass das Buch „Der Brand" von Jörg Friedrich Ausdruck einer „neuen Unbefangenheit" sei und nun auch die Bombenangriffe auf deutsche Städte als „Kriegsverbrechen" bezeichnet werden könnten.

Ausweitung der Kampfzone

Das „Institut für Staatspolitik"

Ein Rittergut soll die letzte Trutzburg des „unabhängigen" Geistes werden. Ende vergangenen Jahres zog das „Institut für Staatspolitik" (IfS) von Berlin nach Schnellroda um. Im Ländlichen zwischen Naumburg, Merseburg und Querfurt möchte das IfS um Götz Kubitschek und Karlheinz Weißmann nun die „Arbeit an einer neuen, rebellischen Elite" weiter betreiben. Das Rittergut, versichert Kubitschek den Förderern in „IfS Intern", ist der „dauerhafte Sitz".

Von Andreas Speit & Christian Dornbusch

„Einige Förderer", erklärt der „neurechte" Germanist, „waren der Meinung, dass ein Institut ohne eigene Räumlichkeiten nicht ernst zu nehmen sei – woraufhin sie finanzielle Garantien gaben". Die Entscheidung für das Rittergut war zugleich eine Festlegung für ein „ganz bestimmtes Institutskonzept". Aufs Land sei eine Anreise notwendig. Nach Schnellroda führe kein Zug und keiner komme mal eben vorbei. Aber das Gut biete „Ruhe für gründliche Arbeit an Studien, Büchern, Vorträgen; Platz für eine eigene auf spezielle Segmente zugeschnittene Forschungsbibliothek; Arbeitsplätze für Studenten und junge Wissenschaftler".

Mit der Etablierung des Instituts auf dem denkmalgeschützen Gut kommen die beiden Initiatoren Kubitschek (Jg. 1970), und Weißmann (Jg. 1959),

die sich schon aus der Studentenverbindung der „Deutschen Hochschulgilde“ kennen, ihrer Vision von einem „Reemtsma-Institut von rechts“ näher. Den letzten Impuls für das Projekt erhielten sie nach eigenem Bekunden durch die Resonanz auf die „Wehrmachtsausstellung“ des „Hamburger Instituts für Sozialforschung“. Der relative Erfolg der Ausstellung, erläutert Weißmann im „Junge-Freiheit“ (JF)-Interview mit Dieter Stein im November 1999, sei eine gelungene „institutionalisierte politische Beeinflussung der Öffentlichkeit“. Das Hamburger Institut hätte zudem „eine Scharnierfunktion zwischen Linksradikalismus und der demokratischen Linken“ und würde „zahlreiche Verbindungen in den universitären, publizistischen und den politischen Bereich, aber eben auch zur antifaschistischen Subkultur“ unterhalten.

Als historisches Vorbild erinnert der „neurechte“ Gymnasiallehrer an das „Politische Kolleg“ des Martin Spahn in den 1920er-Jahren. Eine „Art private Hochschule, die Forschung, Information und Orientierung ausdrücklich miteinander verknüpft(e)“. Anders als das historische Kolleg aus dem Spektrum der Konservativen Revolution, müsste aber ein aktuelles Institut noch weitere „Aufgaben erfüllen, angefangen bei der Sammlung von Nachlässen (bis hin zu) Seminar- und Vortragstätigkeit jenseits von Volkshochschulniveau“, mit denen es in die „Öffentlichkeit“ treten könnte. Im „Ostpreußenblatt“ umreißt Weißmann im Interview im Mai 2000 unter dem Titel „Reemtsma-Institut von rechts“ die strategischen Ziele des geplanten Instituts genauer. Auch wenn die CDU derzeit in der Krise sei, betont Weißmann, wäre sie „bis auf weiteres die einzige nicht linke Partei von Bedeutung“ und deren „wenige nationalkonservative Kräfte“ müssten unterstützt werden. Kurzfristig würde eine „nationalkonservative Strömung innerhalb der CDU“ zwar nicht zum „Durchschlag kommen“, aber langfristig könnte sie sich „durch solide außerparteiliche Arbeit“ durchsetzen.

Die von Weißmann propagierte Re-Ideologisierung des Konservatismus erinnert an Armin Mohlers Insistieren gegen den „Demutskonservatismus“ unter dem „Bann von Auschwitz“. Erneut im Interview mit Stein, der aber diesmal sein Pseudonym Hans-Peter Rissmann bevorzugt, führt er in der JF im August 2001 weiter aus: „Das geistige Vakuum, das in der Union herrscht (verlangt) nach Auffüllung. Solange die Union die ‚Wir-Gesellschaft‘ diskutiert und über die Frage nachdenkt, ob sie die ‚Soziale Marktwirtschaft‘, [...] oder die ‚neue soziale Marktwirtschaft‘ vertreten sollte, besteht offensichtlich ein Bedarf nach geistiger Orientierung. Aber um nicht mißverstanden zu werden“ - betont der seit Jahren agierende neurechte Historiker sogleich - „wir wollen keinen Wahlkampf für die Union machen [...] Uns geht es um geistigen Einfluß, nicht die intellektuelle Lufthoheit über Stammtischen, sondern über Hörsälen und Seminarräumen interessiert uns, es geht um den Einfluß auf die Köpfe, und wenn die Köpfe auf den Schultern von Macht- und Mandatsträgern sitzen, um so besser“.



Karlheinz Weißmann

In der Selbstdarstellung des im Mai 2000 von Kubitscheck, Weißmann und Stefan Hanz gegründeten Instituts verschwindet die politische Intention hinter dem akademischen Bekenntnis: Das IfS ist „eine unabhängige wissenschaftliche Einrichtung [...] und hat sich die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchs [..] zur Aufgabe gemacht“. Nur die fünf „Themengebiete“, die sie inhaltlich und finanziell fördern wollen, lassen die Intention ahnen. Neben der künftigen Rolle des „Staates im 21. Jahrhundert“ wollen sie die Auseinandersetzung mit der „politischen Linken“, der „Zuwanderung und Integration“, der „Kriegs- und Konfliktforschung“ und „Erziehung und Bildung“ vorantreiben.

Getreu dem Programm gegen die „Kulturrevolution von 1968“ hat das IfS gleich mit der Gründung 2000 mehrere „Maßnahmen“ für ein „politisches Nationalbewußtsein“ durchgeführt. Um die „Diskurshoheit“ in der von den 1968ern vermeintlich bestimmten Mitte der Gesellschaft wiederzugewinnen und um die „Definitionsmacht“ in der angeblich entideologisierten CDU zu erlangen, führt das IfS das „Berliner Kolleg“, sowie die „Sommer- und Winterakademien“ durch, gibt die „wissenschaftlichen Reihe“ „IfS-Studien“ heraus und verantwortet das Magazin „Sezession“. Der von Kubitschek gegründete Verlag „Edition Antaios“ ist ebenso dazu zu rechnen.

Kontrovers soll in diesen Projekten und über die Publikationen die Re-Ideologisierung des Konservatismus debattiert werden. „Wir stehen da eigentlich noch vor demselben Problem“ erklärt Weißmann mal wieder in der JF, "das Ernst Jünger mit der Bemerkung umriss, es sei nötig den Begriff ‚konservativ‘ zu ersetzen, allerdings werde ein neues, glaubwürdiges Wort nicht gefunden, sondern geboren“.

Als erste Publikation des IfS erschien 2001 eine Broschüre zum 300. Gründungstag des Königreichs Preußen unter dem Titel „Preußen – Gespräche über einen verbotenen Staat“. Dokumentiert werden hier die Beiträge des „2. Berliner Kolleg“ von Weißmann, Dr. Frank-Lothar Kroll und Michael Pietschmann. Intention der Publikation sei es jenen „Gehör zu verschaffen“, die „vor der Aufgabe der Überlieferung“ Preußens warnen.

Die „Wissenschaftlichen Reihe“ des IfS wartet indes mit Analysen aktueller öffentlicher Diskurse auf, in denen deren Funktionsmechanismen untersucht und Defizite in der konservativen/ rechten Argumentation bzw. Strategie aufgezeigt werden. Die erste Ausgabe aus dem Jahr 2001 befasst sich mit der Frage der „Zuwanderung nach Deutschland“, Heft 2 polemisiert unter dem Titel „Der Aufstand der Anständigen“ und die dritte Broschüre reflektiert das Thema „Nationale Identität“. Im vergangenen Sommer folgte das vorerst letzte Elaborat mit dem Titel „Politische Kampagnen. Erfolg und Mißerfolg in der `Leitkulturdebatte´ und im `Antisemitismusstreit´“. Tenor der Untersuchung ist, dass beide Kampagnen als verloren anzusehen sind – eine Niederlage, die vor allem sowohl auf die eigene Uneinigkeit von CDU/CSU, als auch der FDP zurückzuführen sei. Eine Folge derartiger Kampagnen mit ihren beabsichtigten „Normverstößen“ ist allerdings eine „soziale Disziplinierung“, „die heute mit Hilfe der `politischen Korrektheit´ ausgeübt wird“. Doch, so schließt die Analyse, „die Bereitschaft, ein gewisses Maß an medialer Stigmatisierung hinzunehmen, scheint aber unabdingbar, soll eine politisch motivierte Kampagne erfolgreich durchgefochten werden“.

Neben der eigenen kleinen Schriftenreihe unterstützt das IfS aber auch Publikationen, die im „Verlag Edition Antaios“, der mittlerweile ebenfalls von Dresden auf das Rittergut umgezogen ist, veröffentlicht werden. Außer Werken von Weißmann und Mohler erschien hier auch jüngst Bernd Rabehls neues Pamphlet „Rudi Dutschke. Revolutionär im geteilten Deutschland“. Mal wieder interpretierte der frühere enge Mitstreiter Dutschkes die 1968er-Bewegung nationalrevolutionär und halluziniert, dass die Regie der Kritik an seinem Auftritt bei der „rechtsradikalen Burschenschaft Danubia“ nicht „auf Antifa-Sekten, sondern auf ausländische Geheimdienste“ verweise. Demnächst erscheint der erste Band der Buchreihe „Das Luminar. Schriften zu Ernst und Friedrich Georg Jünger“, herausgegeben von

Tobias Wimbauer (Jg. 1976), der im „Institutskollegium“ des IfS für das Lektorat und den Vertrieb zuständig ist. Einen Namen machte er sich mit einem Personenregister zu den Tagebüchern Jüngers.

Mit dem Titel „Der Bürger, Herrschaft und Gestalt“ führte das IfS, wie immer unterstützt von der JF, das letzte „Berliner Kolleg“ durch. Am 14. Dezember letzten Jahres diskutierten Arnulf Baring und Weißmann zu „Bürgerlich – was sonst?“.

Auf der letzten Sommeruni vom 28. Februar bis 2. März diesen Jahres zum Thema „Krieg“ in Thüringen referierten u.a. Weißmann, Ulrich Fröschles, Frank Lissons und Klaus Hammel. „Auf großes Interesse stießen die Thesen des [...] Werkes `Der Brand´ von Jörg Friedrich“, weiß die JF zu berichten.

Keine Veranstaltung, keine Tagung des IfS anscheinend ohne Weißmann. Schmeichelnd bezeichnet denn auch das IfS den „Historiker“ als ihren „Spiritus rector“. Ganz theoretischer Visionär gibt er auch die große Linie gegen die „Dekadenz“ der moderne Welt vor: „Entscheidend ist zuerst: Eine Analyse der Lage, dann die Suche nach Verbündeten, dann die Ausweitung der Kampfzone. Zunächst sollten wir uns mit der Analyse bescheiden“.

Die nächste Sommeruni ist bereits in der JF angekündigt. Vom 4. bis 7. September diesen Jahres sollen in Eisenach unter dem Titel „Rechts und Links I“ „wissenschaftlich interessierte junge Leute unter 30“ zusammen kommen. Inhaltliches Ziel ist „grundsätzliche Fragen nach den Bestimmungsmerkmalen der beiden politischen Richtungen“ zu klären. Dabei sollen Themen wie „Die ewige Rechte [...]; Der europäische Faschismus; Der Populismus – eine postmoderne Rechte?“ oder „Die Anatomie der Neuen Rechten; Perspektiven konservativer Politik“ diskutiert werden.

Illuminierter Bismarck



Allerlei schwarz-braunes Gelichter von „Schill-Partei“, über Burschenschafter und Vertriebene bis hin zu Neonazis hatte sich zu später Stunde versammelt, um dem Reichsgründer und Sinnbild des deutschen Nationalismus zu huldigen. Mit einer kleinen Feier begann am 22. Mai diesen Jahres die Illumination des Bismarck-Denkmals im Hamburger Alten Elbpark.

Von Felix Krebs

Der Urenkel, Fürst Ferdinand von Bismarck, selbst in völkischen Kreisen aktiv, schaltete mit dem Immobilien-Mogul Willi Bartels die Scheinwerfer ein. Zeitgleich feierten im Hotel „Hafen Hamburg“ Bezirksamtsleiter Markus Schreiber (SPD), Polizeipräsident Udo Nagel und Innensenator Ronald Schill bei Sekt und Häppchen. Geladen zu den Feierlichkeiten hatte der „Verein für Denkmal-Erhaltung“. Unterstützung bei der Verköstigung am Denkmal erhielt der Verein von der extrem rechten Burschenschaft „Germania Hamburg“. Gegen deren Teilnahme an der Veranstaltung richtete sich im Wesentlichen eine Gegendemonstration mit ungefähr 300 Personen.

Das 1906 zu Ehren des „Deutschesten aller Deutschen“ errichtete Denkmal ist das größte existierende Bismarck-Denkmal. Schon aus der Architektur läßt sich ein militaristisch-wehrhafter, betont germanisch-völkischer Nationenbegriff ablesen. Reaktionäre, Deutschnationale, Faschisten und immer auch schon Verbindungsstudenten pilgerten seitdem zu dem steinernen „Führer“. So am 1. April 1926, als eine Demonstration „für nationale Gesinnung“ mit Tausenden von Fackeln das Denkmal in Licht tauchte und gefordert wurde: „Kampf allem Undeutschen“. Auch damals gab es Widerstand gegen die nationalistischen Aufmärsche. Ab 1927 kam es stets am 1. April zu Zusammenstößen zwischen Bismarck-Verehrern und Kommunisten, die vor der faschistischen Gefahr warnten. In der Tat bediente sich die NSDAP nach der Machtübertragung des Bismarck-Kultes.

Der „Verein für Denkmal-Erhaltung“ wurde 1991 unter dem eindeutigeren Namen „Verein zur Erhaltung des 76er Denkmals e.V.“ in der Lettow-Vorbeck-Kaserne gegründet. Das Denkmal für das „Hanseatische Infanterieregiment Nr. 76“ wurde 1936 von den Nazis errichtet. In den 1990er Jahren warb der Verein in der neofaschistischen „Deutschen Rundschau“. Da er immer mehr Anfragen bekam, sich für das rechte Gedenken bezüglich anderer Monumente zu engagieren, wurde er 1995 in „Bund für Denkmal-Erhaltung e. V.“ umbenannt.

Der „Bund“ unterhält aber auch andere Verbindungen. Der erste Vorsitzende Hansjoachim Prahl war Soldat bei der „Kampfgruppe Wolz“ des Afrika-Korps im 2. Weltkrieg und wurde später Fregattenkapitän bei der Bundesmarine und CDU-Abgeordneter. Außerdem engagiert er sich im Veteranen-Verein des Afrika-Korps und schreibt in der geschichtsrevisionistischen „Deutschen Militärzeitschrift“. Schriftführer Christian Brandes ist Abgeordneter der „Schill-Partei“ und Korporierter der „Germania“.

Ursprünglich hatte der „Bund“ dem rot-grünen Senat die Illumination angetragen, dieser lehnte ab. So konnten die Verehrer des „Eisernen Kanzlers“ erst unter dem CDU/FDP/Schill-Senat zu dem Festakt laden. Als wahrer Europa- und Friedensfreund wird dort der Politiker vorgestellt, der 3 Kriege führte. „Wohl dem Volke, das in bitterster Notzeit einen solchen Mann an seiner Spitze weiß“, wünscht indes der „Bund“.

Mahler freigesprochen

Das Hamburger Amtsgericht hat den Neonazi Horst Mahler vom Vorwurf freigesprochen, die Terroranschläge vom 11. September gebilligt zu haben. Der 76-Jährige hatte im NDR-Magazin „Panorama“ die Attentate als grausam, aber rechtens bezeichnet: „Es war ein Erschrecken und gleichzeitig auch das Gefühl: Endlich mal! Endlich sind sie mal im Herzen getroffen“. Die Richterin erklärte, Mahlers Aussagen seien in dem Beitrag zum Teil „vertauscht und sinnentstellt dargestellt worden.“

V-Mann-Skandal in Brandenburg

Ein V-Mann des Brandenburger Verfassungsschutzes gab im Februar 2001 Informationen über eine geplante Razzia an einen bekannten Neonazi weiter. Die Razzia stand im Kontext von Ermittlungen gegen die neonazistische Terrorgruppe „Nationale Bewegung", die durch eine Vielzahl von Gewalttaten bekannt wurde.

Von Kathrin Klever

Seit Januar 2000 verübte die „Nationale Bewegung" in Brandenburg eine Reihe von Propaganda- und Gewalttaten. Nach einem spektakulären Brandanschlag auf die Trauerhalle des jüdischen Friedhofs in Potsdam zog Generalbundesanwalt Kay Nehm die Ermittlungen an sich. Der Brandenburger Innenminister Jörg Schönbohm konnte bis zu diesem Zeitpunkt keinerlei Hinweise auf braune Terrorstrukturen erkennen, war aber „finster entschlossen", mit aller Konsequenz gegen die Täter vorzugehen. Eine Großrazzia bei 19 Zielpersonen sollte im Februar 2001 neue Erkenntnisse in die Ermittlungen bringen, die bis dahin ergebnislos verlaufen waren. Knapp zwei Wochen vor der Durchsuchung informierte ein V-Mann Führer seinen Informanten Christian K. über das genaue Datum der geplanten Maßnahme. Christian K. gab diese Information daraufhin sofort an seinen Freund Sven Schneider weiter. Schneider ist in der Brandenburger Neonaziszene kein Unbekannter. Er zählte zur Führungsspitze der im September 2000 verbotenen Neonaziorganisation „Blood & Honour" (B&H) und betreibt seit deren Verbot den „Hatecore-Versand", einen Vertrieb für neonazistische Musik. Gegen Schneider, der selbst als Informant für den Verfassungsschutz gearbeitet haben soll, wird wegen Volksverhetzung ermittelt. Das LKA hörte sein Telefon ab, erfuhr so von der Razzia-Warnung und informierte die Potsdamer Polizei. Diese zog die Durchsuchungen vor, fand jedoch keinerlei Hinweise auf die Mitglieder der „Nationalen Bewegung".

Erst nach Recherchen des „Tagesspiegel" und der „Märkischen Allgemeinen Zeitung" wurde der Skandal nach über zwei Jahren bekannt. Der Spitzel Christian K., nach eigenen Aussagen überzeugter Neonazi, belastete den Verfassungsschutz schwer und gab ein weiteres brisantes Detail bekannt: Auch der Termin für die bundesweite Razzia im Zuge des B&H-Verbots sei ihm vorab mitgeteilt worden. Zwar bestreitet er, seinen Freund Sven Schneider damals informiert zu haben, sehr glaubwürdig ist diese Aussage allerdings nicht. Die Ausbeute der Durchsuchungen im September 2000 war mehr als gering und hinderte Schneider nicht daran, direkt danach seinen Versandhandel mit Neonazimusik zu eröffnen. Mehrere Kisten mit „verbotenem Zeug" – CDs und T-Shirts – hatte Schneider versteckt, im Keller seines Freundes, des VS-Spitzels Christian K.

Wer in den zuständigen Sicherheitsbehörden von der Affäre gewusst hat, ist unklar. Die Generalbundesanwaltschaft weist alle Vorwürfe von sich, für Schönbohm ist die „ärgerliche" Panne inzwischen vollständig aufgeklärt. Am einfachsten macht es sich die „Parlamentarische Kontrollkommission" des Landtags: Für sie gab es nie eine V-Mann-Affäre.

Zahlenjongleure

Das Bundesinnenministerium stellt mit Vorlage des Verfassungsschutzberichtes 2002 fest, dass die Zahl der „politisch motivierten Straf- und Gewalttaten – rechts" zurückgegangen sei. Die Statistik des Bundes weist kein Tötungsdelikt im Jahr 2002 aus.

Von Herbert Kalus

Gleichzeitig weist der Verfassungsschutzbericht (VS-Bericht) einen Anstieg der „rechtsextremistisch motivierten Straftaten" um 8,4 Prozent aus. Hintergrund ist eine Differenzierung der rechten Straf- und Gewalttaten in extremistische, d.h. Straftaten, die die „Außerkraftsetzung oder Abschaffung eines Elementes der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zum Ziel" haben und solchen Straftaten, die gegen eine „Person aufgrund ihrer politischen Einstellung, Nationalität, [...] Hautfarbe, [...] sexuellen Orientierung" usw. gerichtet sind. In der Statistik des Innenministeriums tauchen dann Morde, die von Tätern, die über „kein geschlossenes rechtsextremes Weltbild" verfügen und/ oder einer eindeutig neofaschistischen Organisation angehören, nicht mehr auf. Denn der VS hat sich ja schwerpunktmäßig um „extremistische Straftaten" zu kümmern. Laut Verfassungsschutzbericht erlaubt diese differenzierte Darstellung eine „konkret bedarfsorientierte Auswertung der Daten". Zu fragen bleibt allerdings, welchem Bedarf ein Ausklammern der Tötungsdelikte, die durch „Frankfurter Rundschau" und „Tagesspiegel" in mindestens 5 Fällen für das vergangene Jahr nachgewiesen sind und in einem Fall auch im Landes-VS-Bericht Berlin aufgeführt wird, dienen mag.

Unstimmigkeiten, die sich auch beim Vergleich einzelner anderer statistischer Angaben – sofern die „Differenzierung" dies nicht unmöglich macht – ergeben, sind zwar nicht signifikant, belegen aber einmal mehr die schlampige Arbeitsweise der hoch bezahlten staatlichen Schnüffler.

Interessant ist die Veränderung in einigen Landes-VS-Berichten, die statt des Themenfeldes „Rechtsextremismus" nun den „Ausländerextremismus" an erster Stelle nennen, z.B. in Hamburg unter dem rechtspopulistischen Innnensenator Schill.

Antifaschismus wird in fast allen VS-Berichten (außer in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein) als linksextremistisch zu diskreditieren versucht und fast immer in Zusammenhang mit Gewalt gebracht. Und selbst gewaltfreie und von „bürgerlichen" Kräften ausgerichtete Demonstrationen finden Aufnahme in einzelne Landes-VS-Berichte, wenn sich autonome AntifaschistInnen oder „linksextreme" oder „linksextrem beeinflusste" Gruppen und Organisationen daran beteiligen.

Geständnis ohne Reue

Am 22. Mai diesen Jahres wurden fünf Mitglieder der rechtsextremen Gruppe „Skinheads Sächsische Schweiz" (SSS) vor dem Dresdner Landgericht wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung, schweren Landfriedensbruchs, Körperverletzung, Volksverhetzung und des Verwendens von Symbolen verfassungsfeindlicher Organisationen zu Bewährungsstrafen zwischen 18 und 24 Monaten verurteilt.

Von Alexander Fichtner

Mit dem Ziel der Hegemonie in der Region habe die SSS auf ihre Opfer - Ausländer, Linke, Andersaussehende - Jagd gemacht, hieß es im Urteil. Zwei der Angeklagten, die während der Tatzeit schon volljährig waren, müssen die sechsstelligen Prozesskosten tragen. Die geringen Bewährungsstrafen waren schon vor dem letzten Verhandlungstag zwischen Verteidigung, Staatsanwaltschaft und Gericht ausgehandelt worden. Am 7. Mai gaben die Angeklagten unter Ausschluss der Öffentlichkeit überraschend ein volles Schuldbekenntnis ab, die Beweisaufnahme wurde beendet, der Prozess abgekürzt. Deshalb kamen viele Opfer von Überfällen der SSS nicht mehr zu Wort. Prozessbeteiligte bewerteten das Ende auch im Zusammenhang mit dem Ausgang des NPD-Verbotsverfahrens in Karlsruhe. Durch die V-Mann-Tätigkeit eines der Angeklagten sei der SSS-Prozess ein für die NPD günstiger Nebenschauplatz im Verbotsverfahren gewesen.

Oberstaatsanwalt Jürgen Schär rechtfertigte in seinem Plädoyer die geringen Strafen, die Einstufung der SSS als kriminelle Vereinigung sei das Hauptziel gewesen. Als solche sei die SSS aufgrund ihrer hierarchischen Strukturen anzusehen. 60 bis 80 Mitglieder hatte sie, inklusive Anhänger waren es 120. An der Spitze standen die „Member of SSS" und der Sprecher, der Angeklagte Thomas Sattelberg. 30 bis 40 Personen habe die SSS für Überfälle mobilisieren können, ein Beleg für die Charakterisierung als kriminelle Vereinigung, so Schär.

Rechtsanwalt Wolfgang Kaleck, Vertreter der Nebenklage, bemängelte in seinem Plädoyer, das Bedürfnis der Opfer nach Genugtuung sei durch die Fixierung auf den Tatbestand nach §129 auf der Strecke geblieben. Keine Entschuldigung, kein Zeichen der Reue gebe es von den Angeklagten.

Diese seien nach Halt und Orientierung suchende Jugendliche gewesen, ausgegrenzt von der Öffentlichkeit, provoziert von der Antifa und vernachlässigt von der Politik, so die Anwälte der SSS. Thomas Rackows Anwalt Carsten Schrank äußerte: „Hier kam niemand mit dem Rollstuhl in den Gerichtssaal, es gab keine Toten, es ist keiner zusammengeschlagen worden, jedenfalls nicht so, dass er wochenlang ins Krankenhaus musste." Sattelbergs Verteidiger Günther Herzogenrath-Amelung sieht die Aktivitäten der SSS als Reaktion auf die Entglasung von Reisebussen beim NPD-Aufmarsch am 1. Mai 1998 in Leipzig. Beide sind Staranwälte der Naziszene und unterzeichneten zum Beispiel Horst Mahlers Aufruf „Ja zu Deutschland, ja zur NPD". Schrank war Verteidiger im Gubener Hetzjagdprozess, vertrat vier Mitglieder der extrem rechten Band „Landser" und setzt vor Gerichten NPD-Demonstrationen durch. Kurz nach den Razzien gegen die SSS im Juni 2000 hielt er in Königstein auf Einladung des NPD-Kreisvorsitzenden Uwe Leichsenring, der die SSS als Schutztruppe im Wahlkampf eingesetzt hatte, einen Vortrag zum Thema „Wie verhalte ich mich bei einer Hausdurchsuchung?".



rechts: Thomas Sattelberg

Thomas Rackow ist nach wie vor in der rechten Szene aktiv. Gemeinsam mit Sattelberg steht ihm wohl eine Karriere in der NPD bevor. Rackow betreibt die Homepages „Elbsandstein" und „Fons-et-origo". Laut der „Märkischen Allgemeinen" vom 13. Mai baut er zurzeit in Südbrandenburg neue Nazistrukturen auf.

Karsli gründet Partei

Der ehemalige „Grünen"- und FDP-Politiker Jamal Karsli hat Ende Mai diesen Jahres eine neue Partei mit dem Namen „Fakt" gegründet. Der Name stehe für Frieden, Arbeit, Kultur und Transparenz. Die Partei sei „multireligiös" und setze sich für „beispiellose Meinungsfreiheit" ein. Karsli ist derzeit fraktionsloser Abgeordneter im nordrhein-westfälischen Landtag. Er war im letzten Jahr von Jürgen W. Möllemann in die FDP-Landtagsfraktion aufgenommen worden. In einem Interview mit der „Junge Freiheit" hatte er eine einflussreiche „zionistische Lobby" in Deutschland beklagt und weitere antisemitische Äußerungen getätigt. Nach einem Ultimatum trat er wieder aus der FDP-Fraktion aus. In einem Interview mit „Nation & Europa" (Heft Nr. 5/ Mai 2003) wiederholte Karsli seine antisemitischen Wahnvorstellungen vom Einfluss der „zionistischen Lobby in den USA". In derselben Ausgabe ist auch ein Interview mit dem mittlerweile verstorbenen Möllemann abgedruckt.

Rechter Stadtarchivar

Olaf Rose, Stadtarchivar von Herne, ist durch die Stadtverwaltung von seiner Tätigkeit entbunden worden. Rose hatte als ABM-Kraft zwei Jahre lang die Aufgabe, das Thema NS-Zwangsarbeit aufzuarbeiten. Sein „Forschungsbericht", der unveröffentlicht bleiben soll, ist voller rassistischer und revisionistischer Behauptungen. So setzte Rose die Zahl der ZwangsarbeiterInnen willkürlich auf nur 9.000, da die meisten Freiwillige gewesen seien. Auch wurden seine rechten Kontakte offiziell bekannt. Horst Mahler nannte er einen „zu Unrecht verschmähten Intellektuellen". Durch Roses Fälschungen droht den ehemaligen ZwangsarbeiterInnen neues Unrecht. Sie müssen jetzt an zuverlässige Glaubhaftmachungen für ihre Entschädigungsansprüche gelangen.

Ausgeprägte Recherechetätigkeit

Anti-Antifa-Aktivitäten in Heidelberg



Neonazi-Kundgebung in Heidelberg am 19. April 2003

Seit Januar letzten Jahres erschienen immer wieder Beiträge „Freier Strukturen Rhein-Neckar" im Gästebuch der Homepage „Karlsruhernetzwerk". Zu dem Internetauftritt der „Karlsruher Kameradschaft" bzw. des „Nationalen Infotelefons Karlsruhe" (NIT) veröffentlichten die Neonazis aus Rhein-Neckar Statements, die vor pubertärer und sexistischer Fäkalsprache nur so strotzten.

Von Michael Csaszkóczy

Im Juni 2001 war erstmals die „Antifaschistische Initiative Heidelberg" (AIHD) in einem „Anti-Antifa"-Flugblatt angegriffen worden. Dass die „Freien Nationalisten" versuchten, „Anti-Antifa"-Strukturen in der Rhein-Neckar-Region zu schaffen, war spätestens seit September letzten Jahres offensichtlich. Die eigens eingerichtete Homepage „eppelheim.tk", die über den Neonazi-Server „Odinsrage" in den USA geschaltet war, bezog sich direkt auf die inzwischen sehr bekannte VVN/ BdA-Ausstellung „Neofaschismus in der BRD", die in Eppelheim bei Heidelberg in der dortigen Stadtbücherei gezeigt wurde. Auf jener Homepage wurden acht Organisatoren der Ausstellung als so genannte Antideutsche „geoutet". Engagierte Gewerkschafter und Antifaschisten wurden ebenso wie die Leiterin der Eppelheimer Stadtbibliothek mit voller Adresse und zum Teil mit Fotos abgebildet. Auf der Startseite der „Anti-Antifa"-Page distanzierten sich die Verfasser zynisch von Gewaltaktionen gegen die genannten Personen: „Es ist unerwünscht gegen diese Personen mit illegalen Mitteln vorzugehen" – lediglich „Bloßstellen" wolle man die Aktivitäten der Genannten und ihre Zusammenarbeit mit Extremisten.

Nachdem „eppelheim.tk" im Gästebuch der Homepage der „Karlsruher Kameradschaft" von anderen Neofaschisten kritisiert und ihr „Barschloch-Niveau" – in Anspielung auf den ehemaligen „Anti-Antifa"-Aktivisten Stefan Bar - bescheinigt wurde, „entschärften" die Betreiber die Seite am 10. November letzten Jahres, weiteten sie jedoch auf Personen aus, die teilweise bei Wahlen für die Heidelberger PDS bzw. die „Linke Liste" kandidiert hatten oder die Gewerkschaftsmitglieder sind. Die genauen Adressen der genannten Personen wurden entfernt. Des Weiteren fand sich auf der Seite jetzt eine sehr lückenhafte Beschreibung der AIHD.

Ab 10. Januar diesen Jahres war die Seite nun unter „antideutsche-bestrebungen" zu erreichen. Die Betreiber hatten mehrere Texte der AIHD und alte „Outing"-Flugblätter von 1994 und 1996 hinzugefügt - als Beweise für „antideutsche Bestrebungen" und die Militanz der autonomen Antifaschisten in Heidelberg. Die „geouteten" Namen der PDS-, VVN- und Gewerkschaftsmitglieder waren weiterhin Bestandteil der Seite. Erweitert wurde auch die bisherige „Drahtzieher"-Sektion um neue Fotos sowie um „Fakten" zu einem mutmaßlichen autonomen Antifaschisten aus Eppelheim.

Nach der Aktualisierung stand die „Anti-Antifa"-Seite in einem etwas anderen Licht. War sie anfangs eine lose zusammengetragene Sammlung von Adressen im Stil der „Anti-Antifa"-Zeitschrift „Der Wehrwolf" (1999), offenbarte sie nach der Aktualisierung eine ausgeprägtere Recherchetätigkeit. Aktuelle und ältere Texte wurden zur „Beweisführung" herangezogen. Allein die Tatsache, dass z. B. Flugblätter von Mitte der 1990er Jahre als Grafiken veröffentlicht wurden, lässt darauf schließen, dass es sich bei dem Verfasser entweder um einen langjährigen Aktivisten oder einen Neofaschisten mit guten Kontakten handelt.

Inzwischen wurde die Seite aus dem Netz genommen – vermutlich auch aufgrund des aktuellen Verfolgungsdrucks. Hatte sich die Staatsanwaltschaft Heidelberg anlässlich eingegangener Strafanzeigen „gegen Unbekannt" anfangs schwer getan, wurde inzwischen von direkt Betroffenen – auf Anraten der Polizei - erneut Strafanzeige gestellt, diesmal gegen Michael Wagner, den mutmaßlichen Macher der Internet-Seite.

„Afrika-Korps"-Vorsitzender zurückgetreten

Anfang Juni diesen Jahres trafen sich die Veteranen des „Deutschen Afrikakorps"-„Rommelsozialwerks" in der Steuben-Kaserne der Bundeswehr in Achim bei Bremen. Es war das vierte Nordtreffen dieser Art, das gemeinsam mit dem Achimer Panzerflugabwehrkanonenregiment gefeiert wurde. Kurz vor der Schließung der Kaserne gibt es jetzt Ärger. Denn anders als vereinbart, sprach der Bundesvorsitzende des „Afrika-Korps", Georg Richter aus Würzburg, nicht über den Auftrag zur Völkerverständigung, sondern ließ persönlichen rechten Hetzereien freien Lauf. Das „Achimer Kreisblatt" schrieb dazu: „Heftige Kritik übte er am linkslastigen Dauerbeschuss, der die politische Meinung in Deutschland knebele". Richter ereiferte sich auch über die Wehrmachts-Ausstellung, „die nur von verbohrten Lehrern und deren mitgeschleiften Schülern besucht worden sei". Der Beifall im Saal war verhalten, nur einige Kameraden klatschen begeistert. Oberstleutnant Hauke Hauschildt distanzierte sich gegenüber der Zeitung von den Äußerungen. Der Vorsitzende der „Kreiskameradschaft Achim", Bruno Kitow, entschuldigte sich gar für die „Skandalrede" seines Bundesvorsitzenden. Ihm gehe es um internationale Kameradschaftspflege, das Klischee der „Ewiggestrigen" wies er von sich.

Georg Richter erklärte nun seinen Rücktritt vom Bundesvorsitz des „Afrika-Korps" zum 1. Juli - wie es heißt „aus gesundheitlichen Gründen".



Neonazi-Band „Oidoxie“

Vertonte Hetze

Das Tonstudio „Art of Sound“ in Schwarme

In einem Studio in der Nähe von Bremen spielen bekannte neonazistische Rock-Bands ihre Lieder ein. Der Betreiber macht mit der braunen Musik gute Geschäfte.

Von Paul Stoever

Welches Tonstudio in der Bundesrepublik will schon grölende, ausländerfeindliche Skinheadmusik abmischen? Der angeblich ausgestiegene Rechtsextreme und Düsseldorfer Unternehmer Thorsten Lemmer hatte zwar genügend Rechtsrock-Bands an der Hand, aber kein geeignetes Studio. Über eine Branchenliste wurde er auf „Art of Sound Records“ in Schwarme, einem Dorf bei Bremen, aufmerksam. Der aalglatte Yuppie, auch als Manager der Gruppe „Störkraft“ bekannt, überzeugte den Betreiber und es entstanden einige Studioaufnahmen. Damit begann der Einstieg von Johannes Meyer und seiner Firma „Art of Sound“ (AoS) in das Geschäft mit der rechtsradikalen Musikszene. Ursprünglich waren in seinem Tonstudio in Schwarme Musikproduktionen von Punk- beziehungsweise Popbands wie „Jake Lynch“ aus Bremen entstanden.

Inzwischen bedanken sich bundesweit bekannte Neonazi-Bands wie „Endlöser“ begeistert für die Zusammenarbeit mit „Johannes von AoS“. Als noch kaum jemand die 1995 in Dortmund gegründete Band „Oidoxie“ kannte, nahmen die bereits ihre CDs in Schwarme auf. Mittlerweile spielt die Rechtsrock-Band auf Demonstrationen des Hamburger „Freien Nationalisten“ Christian Worch oder beim verspäteten Geburtstagskonzert für Adolf Hitler am 21. April 2000 in Terrassa in Spanien. Die CD „Schwarze Zukunft“ von „Oidoxie“ wurde auf staatsanwaltschaftlichen Beschluss 1998 beschlagnahmt. Im Mai dieses Jahres fanden Hausdurchsuchungen des Dortmunder Staatsschutzes bei den Bandmitgliedern statt. Laut Zeitungsberichten sollen sie CDs und Videos mit volksverhetzendem Charakter und nationalsozialistischem Inhalt „hergestellt und verbreitet haben“.

In Schwarme dagegen verstand man sich bestens. Davon muss auch der bekannte Bremer Neonazi Jens Brandt gehört haben. Er ist Mitglied der dienstältesten deutschen Rechtsrock-Band „Endstufe“ und nach eigenen Angaben wurden von deren 20 Veröffentlichungen 100.000 Exemplare verkauft. Zwei CDs wurden indiziert. Brandt betrieb bis 2000 das Label „Hanse-Records“, damit wurde er bei Meyer in Schwarme vorstellig.

Dies machte szeneintern die Runde und auch die Band „Endlöser“ mischte ihre CD „Endlöser für Deutschland“ im Januar letzten Jahres neun Tage lang bei AoS. Die Neonazi-Band, die im aktuellen Verfassungsschutzbericht des Landes Bremen erwähnt ist, spielte im Oktober vergangenen Jahres gemeinsam mit drei US-Rechtsrock-Bands in Kirchseelte. Organisator des Neonazi-Konzerts war der „Kameradschaftsführer Weser-Ems“ Robert Warnecke. Ein zweites Konzert wurde von der Polizei beendet. Robert Warnecke ist inzwischen verzogen – übrigens nach Schwarme.

Auch eine weitere bekannte norddeutsche Band spielte ihre Lieder, nach eigenen Angaben, bei „Art of Sound“ ein, die „Boots Brothers“. Auf der bandeigenen Homepage jubelten sie: „Wir machten einen Termin und was dann geschah, glaubte keiner, es sprengte jegliche Vorstellungskraft, die wir bis dato besaßen. [...] Wahnsinnig teuer aber gerechtfertigt und ab ging die Post.“

Das Geschäft mit der braunen Musik boomt. Die halbherzige Gegenstrategie der Behörden, allein die Rechtsrock-Konzerte verbieten zu wollen, greift nicht. Inzwischen warnt auch das Bundesinnenministerium offen vor der Gefahr durch rechtsradikale Musik und ihre Macher. Über deren Liedtexte werden gefährliche Ideologien in die Köpfe der zumeist jungen Hörer transferiert, auf Konzertveranstaltungen wird versucht, für die organisierte Szene zu werben.

Der Tonstudio-Betreiber Johannes Meyer scheint sich im Rechtsrock-Gewerbe etabliert zu haben und verdient mit musikalischer Hetze gut Geld – Skrupel hat er keine.

Sonnenwend-Rechtsrock

Nicht der Irak-Krieg war das Hauptthema beim rechten „No War“-Open Air in Gera am 21. Juni diesen Jahres, sondern das Alkoholverbot. Weder die 200 glatzköpfigen Besucher noch die Rechtsrock-Bands hatten so richtig Spaß mit „Wicküler Alkoholfrei“ oder einem Glas Wasser. Unter der Leitung von Gordon Richter und Jörg Krautheim hatten der NPD-Landesverband Thüringen und die „Freien Kameradschaften“ zum Konzert in den „Park der Jugend“ in Gera geladen. Alles in allem konnte die aufgesetzte gute Laune der Ordner in schwarzen T-Shirts des „Aufruhr-Versand“ nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Auflagen der thüringischen Polizei das Open Air zur Pleite werden ließen.

Den stolzen Eintrittspreis von 15 Euro für fünf Bands durften die Rechten nicht kassieren. Der Polizeieinsatzleiter setzte Testpersonen ein, um zu überprüfen, ob der Eintritt frei war und der Betrag tatsächlich nur als „freiwillige Spende“ gezahlt wurde. Rechtsextreme Bücher bzw. Infostände gab es keine, auch keine Parolen gegen den Irakkrieg. Frank Schwerdts Eröffnungsrede wurde dann auch kaum beachtet. Die Neonazi-Band „Kommando Ost“ kam mit der Musikanlage nicht zurecht und „Thor“, „Sturm und Drang“ und „Eugenik“ ließen auch keine „rechte Stimmung“ aufkommen.

Am gleichen Abend fand bei Mömlingen (Odenwald) ein Konzert mit 300 Besuchern statt. Ursprünglich hatte dies in Rodgau-Dudenhofen stattfinden sollen, war aber vom Betreiber des dortigen Geländes, vermutlich auf öffentlichen Druck hin, abgesagt worden. Nach Mömlingen waren Besucher aus ganz Deutschland, aus Frankreich und der Schweiz angereist. Gesichert ist der Auftritt der Bands „Oidoxie“ (Dortmund) und „Propaganda“ (Horb). Die bayerische Polizei war nicht auf die Konzertverlegung vorbereitet und beschränkte sich auf einzelne Vorfeldkontrollen und Beobachtung.

Günstige Sozialprognosen



Die Brüder Ronald (kleines Bild links) und Hendrik Möbus

Die Aktivitäten der Möbus-Brüder

Der Richter am Landesgericht Erfurt betonte bei seinem Urteil gegen die Brüder Hendrik (27) und Ronald Möbus (31) deren günstige Sozialprognose. Die beiden Brüder würden ihre Taten bereuen und hätten die Abkehr von der Szene betont. Doch derartige Aussagen scheinen nur eine strategische Option gewesen zu sein.

Von Hannes Schmidt

Im Februar 2000 informierte Hendrik Möbus aus der JVA Tonna in einem Rundbrief an seine „lieben Kameradinnen und Kameraden", dass er eine „Auszeit" nehme von den vielfältig gepflegten Korrespondenzen. In seinem Schreiben erläutert er seinen Entschluss: „Meine gegenwärtige Situation ist noch immer ungewiß und kann sich überraschend ändern, weil das LKA Thüringen nach wie vor gegen mich ermittelt. Unter diesen Umständen kann ich mich natürlich nur sehr zurückhaltend für unsere gemeinsame Sache engagieren, und diese Tatsache muß ich einfach akzeptieren, obwohl ich es bedauere. [...] Im Moment ist mein Anliegen, mir über meinen zukünftigen Lebensweg definitive Gewißheit und [...] neue Perspektiven zu verschaffen." Nach diesen vom Richter im Prozess befragt, äußerte sich Hendrik, der zur Zeit ein Fernstudium in Politikwissenschaften und Soziologie (Magister) absolviert, dass er sich vorstellen könnte, nach seiner Haftentlassung im Medienbereich zu arbeiten.

Sein Bruder Ronald konnte vor Gericht schon konkrete Pläne vorweisen. Er sei seit Frühjahr letzten Jahres selbstständig und habe ein Gewerbe für Kunsthandwerk, mittelalterliche Bekleidung etc. angemeldet. Dafür beziehe er auch Existenzgründerförderung des Landes Sachsen-Anhalt. Über den „Drachenwurzel Versand" in Eckartsberga vertreibt er gemeinsam mit seiner Lebensgefährtin Heike Langguth Produkte „germanisch-heidnischer Kultur", wie zum Beispiel „Götterstatuen aus Ton", „Lichtspender" oder das „Wikingerkleid 'Brünhild' für die anspruchsvolle Frau". Bei Interesse können über den Versand aber auch neonazistische CDs der RechtsRock-Bands „Angry Aryans" oder „Legion of Thor" bezogen werden. Und während Ronald für den Verkauf neonazistischer CDs aus dem Black-Metal-Genre über den Versand „Darker Than Black" in Erfurt verurteilt wurde, betreibt seine Lebensgefährtin, die eine Zeitlang das extrem rechte Fanzine „Germanenorden" herausgab, das kleine Black-Metal-Label „Nebelfee Klangwerke". Bisher wurde auf diesem im Jahr 2001 die aktuelle CD „Werwolfthron" der Band „Absurd" sowie die Compilation „Freundeskreis der Heimatverbundenen Germanen. Mit uns oder gegen uns!" mit einschlägig bekannten neonazistischen Bands des Genres wie „Totenburg" und „Magog" veröffentlicht. Im letzten Jahr folgte eine Split-CD von „Absurd" und „Pantheon" (USA) und jüngst die CD „Des Düsterwaldes Reigen" der Gruppe „Wolfsmond". Angesichts der strategischen Vorüberlegung von Hendrik und den derzeitigen Aktivitäten von Ronald und seiner Lebensgefährtin erscheint eine günstige Sozialprognose als blanker Zynismus.

„Neuheiden" vor Gericht

Urteil im Prozess gegen die Brüder Möbus

Am 16. Mai diesen Jahres wurde nach sechs Verhandlungstagen im Prozess gegen Hendrik (27) und Ronald (31) Möbus vor dem Erfurter Landgericht das Urteil gesprochen. Sie waren in mehr als 20 Punkten u. a. wegen des Vertriebs rechtsextremer Waren über ihren Versand und das Label „Darker than Black" (DTB), gemeinschaftlicher Volksverhetzung, Leugnung des Holocausts und der Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener angeklagt. Im Zuge des Verfahrens wurde teilweise die Entstehung der heute manifesten NS-Black-Metal-Szene aufgerollt.

Von Hannes Schmidt

Noch während Hendrik Möbus wegen des Mordes an einem Mitschüler im Jahr 1993 in Haft saß - seinerzeit erhielt er acht Jahre Freiheitsstrafe - baute Ronald Möbus in den Jahren 1995/96 den Black-Metal-Szene-Versand DTB mit Sitz in Erfurt auf. Nach seiner vorzeitigen Haftentlassung auf Bewährung stieg Hendrik 1998 in den Vertrieb ein. Gemeinsam bauten sie



Reisserischer Titel der „BILD“-Zeitung

den Versand aus, der schließlich zu einem Portal für NS-Black-Metal in Deutschland wurde. Anfangs fungierte Karina Teich als Geschäftsführerin. Aufgrund ihrer Zeugenaussage muss ihre Rolle wohl relativiert werden. Als Lebensgefährtin von Ronald Möbus habe sie damals lediglich auf seinen Wunsch ein Konto eröffnet. Nach den ersten Hausdurchsuchungen im Oktober 1998, bei der u. a. Hakenkreuzanstecker, Bücher über „Rassenkunde“ und Musikkassetten beschlagnahmt wurden, habe sie sich von ihm zurückgezogen. Ungefähr Ende 1998 wurde DTB von Mirko Hesse übernommen. Hesse war seit Anfang der 1990er Jahre als Neonazi bekannt. Bis zu seiner Enttarnung als Informant des Bundesamtes für Verfassungsschutz war er führendes Mitglied der deutschen „Hammerskins“, Fanzine-Herausgeber und Betreiber mehrerer RechtsRock-Labels in Sachsen. Die Rechtsanwälte der Möbus-Brüder versuchten in ihrer Prozessstrategie Hesse in seiner Bedeutung für DTB hervorzuheben, um so von der Rolle ihrer Mandanten abzulenken. Im Prozess belasteten die beiden Brüder auch Steffen Zopf, der seit Dezember 1993 das Label und den Versand „No Colours Records“ betreibt. Er habe die Produktion des Tonträgers „Facta Loquuntur“ sowie der CD „Asgardsrei“ der NSBM-Band „Absurd“ betrieben und bei der Finanzierung von CDs der NSBM-Bands „Barad Dur“ (Erfurt) und „Kristallnacht“ (Frankreich) geholfen.

Weiterer Verhandlungspunkt waren die Aktivitäten von Hendrik Möbus im Kontext der DHF. Nach seiner Haftentlassung 1998 betrieb er die Gründung der deutschen Sektion der „Allgermanisch-Heidnischen-Front“ (AHF), als deren „Reichsführer“ er anfangs fungierte. Er formulierte auch die ideologischen Grundsätze der DHF. Die Organisation setzt sich laut Zeugenaussagen bundesweit aus mindestens drei Gruppen zusammen, die allerdings nicht über mehr als 20-30 Mitglieder verfügen sollen. In Thüringen sollen ihr nie mehr als sechs Personen angehört haben. Ihre Aufnahme erfolgte nach schriftlichem Antrag, übrigens bei Sonnwendfeiern. Verteidigt wurden die Brüder Möbus von den AnwältInnen Hahn, Jauch und Grund. Die beiden Letzteren verteidigten im zeitgleich stattfindenden Prozess gegen die neonazistische Organisation „Skinheads Sächsische Schweiz“ (SSS) in Dresden den dort angeklagten Daniel Betke. Am vierten Prozesstag wurde bereits das Urteil verkündet. Nach einer Einigung zwischen den Anwälten der Brüder Möbus, der Staatsanwaltschaft und dem Richter zeigten sich die Anklagen geständig. Ronald Möbus wurde zu zwei Jahren Haft auf drei Jahre Bewährung und 5.400 Euro Geldstrafe verurteilt und Hendrik unter Anrechnung eines älteren Urteils zu einer Gesamtstrafe von vier Jahren Haft.

Ausschlaggebend war für das Gericht eine vermeintlich günstige Sozialprognose. Beide Anklagten beteuerten, dass sie ihre Taten bereuen würden und dabei wären, ein neues Leben aufzubauen.



Wiederbelebung „deutschen Liedgutes“

Annähernd anderthalb Jahre nach dem ersten und bisher einzigen „Tanz und Musikfest der Zeitschrift wir selbst“ am 7./ 8.10.2000 wurde jüngst eine Compilation mit Live-Mitschnitten der seinerzeit dort aufgetretenen Gruppen veröffentlicht.

Von Christian Dornbusch

Auf der CD vertreten sind Friedrich Baunack, singender „Barde“ von „wir selbst“, der neonazistische Liedermacher „Sleipnir“ (Gütersloh), der Liedermacher Dirk Bojer (Berlin), die RechtsRock-Band „Carpe Diem“ sowie Chöre der bündischen Gruppen des „Freibund“, der „Birkler“ und des „Mädel-Wandervogel“. Auf dem Tonträger ist auch das mittlerweile aufgelöste Liedermacher-Duo „Eichenlaub“ (Jena) vertreten. Christian Kappke, männlicher Part des Duo, betreibt mittlerweile das Internetportal „Informationsplattform für Neofolk und Industrial Musik“. Abgeschlossen wird die CD mit einem Tondokument der Dichterin Agnes Miegel, der sog. „Mutter Ostpreußens“. Verantwortlich für die CD zeichnet Friedrich Baunack, der damals auch zu dem Fest einlud. Unterstützt wurde er bei der Bearbeitung der CD von seiner Frau Gertrud, während seine im „Freibund“ aktive Tochter Temudschin die Fotos beisteuerte. Hanno Borchert, auch Autor in „wir selbst“, übernahm die Gestaltung und den Satz.

Im umfangreichen Begleitheft erklären die „wir selbst“-Autoren Henning Eichberg, Hanno Borchert sowie der Herausgeber der Zeitschrift, Siegfried Bublies, aus ihrem Blickwinkel die Lage der Nation sowie des Volkes und erläutern die Intention des Festes und des Tonträgers. In typischer, nationalrevolutionärer Manier führt Bublies aus: Nach dem Zusammenbruch der Ost-West-Konfrontation „droht eine große kapitalistische Einheitskultur unter der Dominanz der USA. Aber es gibt nach meiner Meinung Widerstandspotentiale. Sie schlummern in den Völkern. Sie zu wecken, bedarf es unter anderem einer Wiederbelebung des Liedgutes, des Volkstanzes, der Alltagskultur“. Mit dem Fest und der CD wollen die Nationalrevolutionäre von „wir selbst“ das Ihrige dazu beitragen.

Unbeirrtes Beharren

Trotz der Kritik am Auftreten rechter Bands beim „Wave-Gotik-Treffen“ in Leipzig waren auch an diesem Pfingstfest derartige Bands und rechtsextreme Plattenlabels mit ihren Verkaufstischen fester Bestandteil des Festivals.

Von Christian Dornbusch

17.000 BesucherInnen, ebenso viele wie im letzten Jahre, fanden dieses Jahr den Weg in die Pleißestadt. Unter ihnen wieder einige mit rechter Symbolik und T-Shirts mit einschlägigen



Ian Read „Radikale Runologie – Vom Bekannten zum Unbekannten“

Bereits seit 30 Jahren beschäftigt sich Ian Read mit der traditionellen Weisheit Nordeuropas. Das Wissen, daß er vermitteln möchte, gehört zur großen indoeuropäischen Tradition. Da in akademischen Kreisen dieser Bereich immer noch stiefmütterlich behandelt wird und vieles Wissen nicht verschriftlicht wurde, kommt trotz immer modernerer Kommunikationsmittel, wie in alten Zeiten, dem persönlichen Kontakt zwischen Lehrer und Schüler große Bedeutung zu.

Das Wort „Rune“ bedeutet „Mysterium“. Es ist ein Mysterium, weil es schwierig zu erfassen ist.

Ausriss aus dem „Pfingstbote“ (Handbuch des WGT 2003)

Motiven oder Bandschriftzügen. Im „Haus Leipzig“ trafen sich dieses Jahr die Fans neo-folkloristischer Musik und feierten u. a. die amerikanische Band „Changes“ und die britische Band „Fire + Ice“. Ian Read, Frontmann der Gruppe und sich elitär gerierender Neu-Heide und Esoteriker, verabschiedete sich nach einem vom Publikum begeistert aufgenommenen Konzert mit den Worten: „Wir befinden uns in einer Spiralbewegung abwärts. Wir können jetzt nur noch tapfer sein“. Ein Auftritt und Worte, die von Ellen Kositza in ihrem Artikel über das WGT unter der Überschrift „Alteuropäisch und das mit Stolz“ in der Zeitung „Junge Freiheit“ hervorgehoben wurden. Read hatte einen Tag später noch einmal die Gelegenheit im Rahmen des Festivals über das Thema „Radikale Runologie“ in der Krypta des Leipziger Völkerschlachtdenkmals zu schwadronieren. Mit zwei Lesungen konnte auch der extrem rechte „Verlag der Traditionen und Kulturen“, der „Arun Verlag“, aufwarten. Am Samstag las „Voenix“, Autor von Büchern wie „Das Germanische Götterorakel“ oder „Auf Wotans Fahrten“ im sog. „Heidnischen Dorf“ und am Sonntag Reinher Wernher von Nagel zu Haufe in der Moritzbastei aus dem Buch „Der Einzige. Lanze des Gral“, dem ersten Band der „Trilogie der Wiederkunft“. Neben dem „Arun-Verlag“ war aber auch der rechtsextreme „Verlag und Agentur Werner Symanek“ (VAWS) mit einem Verkaufsstand auf dem AGRA-Gelände präsent, direkt neben jenem von Josef Klumb mit seinem Label „Fasci/Nation“.

Auch von Seiten des Publikums scheinen derartige Bands und Verlage akzeptiert zu werden. Peter Matzke, Pressesprecher des Festivals und Mitherausgeber des zweibändigen Szene-Guide „Gothic“, erklärte im Interview mit der Zeitung „Junge Freiheit“, dass die „geistige Basis der Szene auf einem Hinterfragen der gegenwärtig propagierten und gelebten Wertesysteme“ beruhe. Doch, so betont er, die Szene sei „an sich apolitisch - insofern, als daß sich kein politischer Meinungs-Mainstream ergibt, der in das gängige Politikmodell eingeordnet werden könne. Allerdings ist die weitgehende Ablehnung des Wertesystems der europäischen und amerikanischen Wohlstandsgesellschaft in meinen Augen eine hochpolitische Aussage.“ Doch wer den Status quo hinterfragt, sucht auch nach Alternativen. Auf dem WGT sind es vor allem Rechte, die hoffen, diese Suche befriedigen zu können.

Prozess gegen „Landser“

Der Prozess gegen drei Mitglieder der RechtsRock-Band „Landser“ begann am 24. Juni diesen Jahres vor dem 2. Strafsenat des Berliner Kammergerichts. Die Angeklagten, der Texter und Bandleader Michael „Lunikoff“ Regener (37), Andre „Möhre“ Möricke (35) und Christian Wenndorf (27), sollen eine kriminelle Vereinigung gegründet oder sich an ihr als Mitglied beteiligt haben, sagte ein Justizsprecher. Ferner wird den Angeklagten Volksverhetzung, Verbreitung von Propagandamitteln verfassungsfeindlicher Organisationen, öffentliche Aufforderung zu Straftaten und Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole zur Last gelegt. In der Anklageschrift sind insgesamt 75 Zeugen benannt. Für den Prozess sind zwei Monate angesetzt.



Rechtsextremer Autor

Der Rechtsextreme Claus-M. Wolfschlag, Autor in u.a. „Junge Freiheit“ und Verfasser des Anti-Antifa-Machwerks „Das ‚antifaschistische Milieu‘“, fungierte in der Ausgabe vom 4. Juni diesen Jahres als Autor in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Der Titel seines Artikels lautete „Das Leben der Studenten im Neubau – Der Campus als Vorbild: Universitätsplanungen in der Reformphase der Bundesrepublik“. Wolfschlag artikuliert darin seine Modernefeindlichkeit und behauptet, dass man „auf der Suche nach den Ursachen“ für die „Studentenunruhen“ der 1960er Jahre „auch auf die Architekten und Universitätsplaner“ stieße. So habe der Frankfurter Studentenausschuss „statt mit dem dominanten Bauhaus“ mit der „Stadtarchitektur des neunzehnten Jahrhunderts, mit der Schönheit des Ornamentalen“ sympathisiert. Dies sei „das Votum für ein architektonisches Erbe [gewesen], das gegen die Verwertungsinteressen der Bodenspekulation verteidigt werden musste“, zitiert Wolfschlag Gerd de Bruyn. Ab Ende der 1980er Jahre habe man sich „auf die traditionelle Urbanität“ besonnen und sich „hin zu den gewachsenen Strukturen“ bewegt.

Rumänien leugnet Holocaust

Die rumänische Regierung hat in einer Presseerklärung Mitte Juni diesen Jahres geleugnet, dass in Rumänien der Holocaust stattgefunden hat. Darin heißt es wörtlich: „Die Regierung Rumäniens fördert die Forschung zum Phänomen des Holocausts in Europa [...], unterstreicht jedoch, dass in den Grenzen Rumäniens von 1940 bis 1945 kein Holocaust stattgefunden hat.“ Anlass für die Erklärung war der Abschluss eines Abkommens über die Zusammenarbeit zwischen dem rumänischen Nationalarchiv und dem United States Holocaust Memorial Museum in Washington, D.C.

760.000 JüdInnen lebten vor dem 2. Weltkrieg in Rumänien, weniger als die Hälfte überlebte die Verfolgung. Rumänische Behörden selbst deportierten 250.000 JüdInnen und zehntausende Roma in Todeslager. Aus dem öffentlichen Bewusstsein wird die Ermordung der rumänischen JüdInnen weitestgehend ausgeblendet.

Rechte Ordnungen

Bert Hellinger - ein kryptofaschistischer Therapeut

Von Klaus Weber

Bert Hellinger ist in der BRD bekannt geworden durch seine Methode der Familienaufstellung. Diese Art therapeutischen Angebots für Großgruppen (teilweise mit mehreren hundert Teilnehmern) funktioniert folgendermaßen: Hellinger bittet einen Menschen, sein Problem vorzustellen. Anschließend lässt er seine Klienten Stellvertreter für lebende und verstorbene Familienmitglieder intuitiv im Raum aufstellen und gibt selbst Hinweise, wie diese anzuordnen seien. Dazu erteilt er Befehle, welche Worte oder Sätze die Klienten zu den „Stellvertretern" sagen müssen. Da er von sich behauptet, an die Weltseele und damit an alle Familienseelen angeschlossen zu sein, seien sein Befehle nicht durch ihn gegeben, sondern aus dem unbewussten Willen der Familienseelen geschöpft. Er sei nur dazu berufen, die Dinge auszusprechen, welche im Verborgenen liegen würden. Beendet ist Hellingers Familienaufstellung, wenn die Klienten sich wohl fühlen bzw. Hellinger feststellt, dass die richtige Ordnung hergestellt sei. Da die Grundlage für alle psychischen und körperlichen Erkrankungen in Hellingers Heilslehre darin liegt, dass in den früheren Generationen der Familien Tote, Ermordete, Selbstmörder, Mörder etc. verschwiegen wurden und deren „Fluch" weiterwirke, bezieht er sich selbstverständlich immer wieder auf die Zeit des deutschen Faschismus.



Begründer der Methode der Familienaufstellung: Bert Hellinger

Erinnerungspolitik

Zur Frage, ob sich Menschen in der Bundesrepublik mit der Vergangenheit beschäftigen sollten, bezieht Hellinger in der im Jahre 2001 erschienenen Schrift „Der Abschied. Nachkommen von Tätern und Opfern stellen ihre Familien" eindeutig Stellung: „In Deutschland sagen uns viele, wir sollten nicht vergessen – wir sollten erinnern, was damals geschah. [...] Das hat in den Seelen eine schlimme Wirkung". Nur das demütige Trauern mit den Toten – egal ob Opfer oder Täter - sei eine „gemäße Erinnerung: Es hat heilende und versöhnende Wirkung". Zu diesem Trauern gehöre auch, dass die Kinder vergessen, was ihre Eltern gemacht haben: „Die Schuld der Eltern geht die Kinder nichts an. [...] Die Lösung für das Kind ist das Vergessen". Für diejenigen, die Erinnerung nicht als Versöhnungsgeste für Täter und Opfer, sondern als Befreiungsprojekt verstehen, hat Hellinger kein Verständnis. Ihre Anstrengungen, die dem faschistischen System zugrunde liegenden gesellschaftlichen Strukturen und die Motive der Akteure zu analysieren, um Faschisierungsprozesse der heutigen Gesellschaften besser verstehen und bekämpfen zu können, werden pathologisiert und mit Motiven faschistischer Täter auf eine Stufe gestellt: „Immer, wenn einer meint, er müsse die Welt verbessern, hat er ein übernommenes Gefühl. Immer, wo einer sich gerecht fühlt oder für eine gerechte Sache streitet, hat er ein übernommenes Gefühl. [...] Dann werden die Entrüsteten böse, maßen sich an, sie hätten größere Rechte als andere und fühlen sich überlegen, wie früher die Täter". Das therapeutische Projekt Hellingers besteht darin, Erinnerung an und Nachdenken über Vergangenes zu denunzieren und an deren Stelle das Vergessen als einzig mögliche Form der Versöhnung sowohl mit der Geschichte als auch mit ihren Akteuren (Täter wie Opfer) zu setzen. Geschichtsschreibung sei „eine Art Fortpflanzung des Bösen", Einsicht in die wirklichen Zusammenhänge könne der Einzelne nur teilweise gewinnen, „denn Leben und Tod und Unschuld und Schuld sind in den Händen von Mächten, die sich nicht nach unseren Maßstäben richten".

Ordnung heilt

Für die Propaganda im faschistischen Deutschland war der Begriff der Ordnung zentral: Mit ihm wurden die Individuen an den Staat und seine Instanzen (Recht, Militär, Arbeitsdienst etc.) sowie an die symbolischen Mächte (Familie, Volksgemeinschaft, Nation, Reich etc.) des Faschismus gebunden. Man rief die Subjekte zur Ordnung mit Bezug auf die je gültigen Normen und Regeln dieser staatlichen und ideologischen Mächte. Zur Ordnung gerufen zu werden, ohne die Grundlagen der jeweiligen Ordnung hinterfragen zu können, ist ein entscheidendes Kennzeichen für faschistische Strukturen und die damit verbundene Entmündigung von Subjekten. Die scheinbare Richtigkeit des Ordnungsdiskurses wird für die Subjekte zusätzlich dadurch bestätigt, dass die aus der Ordnung ausscherenden bzw. sie ablehnenden Subjekte zu Gegen-Menschen gemacht werden, deren Aussehen, Gesinnung, Gesundheitszustand etc. zeige, dass man selbst der richtigen Seite zugehöre.

Hellinger spricht ebenfalls von Ordnungen, deren Vorhandensein nicht weiter zu hinterfragen sei. Bei ihm geht es darum, sich an diese „rechten Ordnungen" zu halten. Krankheiten, Störungen und subjektives Leid seien Strafen dafür, wenn Menschen ihre Ordnungen verlassen hätten. Kommen Kinder von faschistischen Tätern bspw. auf die Idee, die Taten ihrer Eltern als Unrecht zu bezeichnen, so ziehe das eine schreckliche Strafe nach sich: „Das ist gegen alle Ordnung. Das geht Kinder nichts an. Die Schuld der Eltern geht Kinder nichts an".

Was die Zugehörigkeit von Menschen zu Volks- und Schicksalsgemeinschaften betrifft, knüpft Hellinger ebenfalls an Kategorien der völkischen Ideologie an: Das eigene Volk und die Heimat seien Ordnungen, außerhalb derer man krank werde. So weiß er von MigrantInnen, die ihrer Heimat den Rücken kehrten und krank geworden sind, „dass die nur gesund werden können, wenn sie in ihre Heimat zurück gehen und wenn sie bereit sind, das Schicksal ihres Volkes zu teilen. Manche fliehen davor und sie drängen sich einer anderen Heimat auf, die ihnen gar nicht gehört und sie auch gar nicht braucht oder will". Die Volksgemeinschaft artikuliert Hellinger als „Schicksalsgemeinschaft", in die jeder auf Grund seiner Abstammung hineingehört. Jeder Einzelne stehe für diese Schicksalsgemeinschaft mit Ausnahme derjenigen, die als Widerstandskämpfer gegen den vom Schicksal auferlegten Weg Deutschlands abgewichen seien: „Und die Widerstandskämpfer [...] stehen für sich, aber nicht für das deutsche Volk".

In den Ordnungsplänen Hellingers ist auch die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft nicht durch die Individuen aufzulösen. Machen sie das trotzdem, so habe das krankmachende Folgen. In einer seiner

Familienaufstellungen, die in Hamburg vor 600 Menschen stattfand, berichtet eine Jüdin, sie stamme aus einer Familie, deren Mitglieder deshalb überlebt hätten, weil sie sich christlich taufen lassen hatten. Diesen sinnvollen Überlebensakt das Vaters und der Großeltern der Frau sieht Hellinger lediglich unter dem Aspekt des Verlassens der jüdischen Schicksalsgemeinschaft: „Die Großeltern und der Vater haben sich taufen lassen, waren dann besonders gute Christen und haben damit die Schicksalsgemeinschaft, aus der sie kommen, verlassen. Das hat eine schlimme Wirkung". So macht Hellinger einerseits allein die überlebenden Juden dafür verantwortlich, dass sie „Schlimmes" erlebten. Andererseits werden die faschistischen Taten verharmlost und gerechtfertigt, da sie innerhalb eines größeren Rahmens geschahen, dessen guten und großen Sinn wir erst in Zukunft erkennen können. Hitler selbst wird aus dieser Rechtfertigung von Hellinger nicht ausgenommen. Es sei zwar schwer zu sehen, was am Faschismus und an Hitler „Gutes sein konnte. Es ist aber so, dass Errungenschaften und Freiheiten, die wir jetzt haben, ohne diese schlimmen Erfahrungen nicht denkbar wären. Ich sehe das alles in einem größeren Zusammenhang".

Hitler und die Juden

Untertanen und Knechte sind für Hellinger keinesfalls negativ besetzte Begriffe. Denn der Dienst für eine große Sache ist die Berufung jedes Menschen, der er sich nicht entziehen dürfe. Wer „in Dienst genommen" sei, trage auch keine Verantwortung für sein Handeln. Jeder Mensch müsse das nehmen, was ihm durch seine Dienerschaft zukomme: „Das kann auch etwas Böses sein. Auch die Bösen sind berufen". Für einen dieser „Bösewichte" hat Hellinger besonderes und tiefes Verständnis: für Adolf Hitler: „Auch Hitler war in den Dienst genommen". In dem 2001 erschienenen Buch „Mit der Seele gehen. Gespräche mit Bert Hellinger", herausgegeben von Harald Hohnen und Bertold Ulsamer, beschreibt Hellinger bewundernd die „Grundhaltung" Hitlers, welche auf die richtige Gelegenheit warten konnte: „Wenn dann die Gelegenheit kommt oder der Aufruf und jemand ist im Einklang mit diesem Strom, dann hat er ungeheure Kraft. So schrecklich es klingt, einer, der darauf warten konnte und es dann ergriffen hat, war Hitler". Wie die NS-Propaganda ist Hellingers Darstellung historischer Entwicklungen und Ereignisse auf die Verbindung des „Schicksalhaften" mit dem Genius des Führers reduziert. Ökonomische, soziale, kulturelle und politische Verhältnisse als mögliche Erklärungsansätze für den Erfolg der NS-Bewegung werden ignoriert, um die Einzigartigkeit von Hitler zu unterstreichen.

Doch auch die politischen Ergebnisse faschistischer Politik und Hitlerscher Entscheidungen werden von Hellinger in dieser Veröffentlichung gewürdigt. Die Judenvernichtung, der Eroberungsfeldzug gegen Osteuropa, die Euthanasieprogramme: Nach Hellinger haben hier Menschen „schlimmste Sachen angerichtet"; doch gleichzeitig rechtfertigt er alle Ergebnisse faschistischer Politik mit dem Hinweis auf einen übergeordneten „Zwang": „Wir müssen zugeben, dass auch das Böse in den Händen von größeren Mächten ist und in einem größeren Ganzen einen Sinn hat". Da Täter und Opfer versöhnt werden müssen und Versöhnung nur stattfinden kann, wenn sich die Opfer vor ihren Tätern verneigen und sie würdigen, kommt Hellinger die Idee, das „jüdische Volk" würde „erst dann seinen Frieden mit sich selbst, mit seinen arabischen Nachbarn und mit der Welt (finden), wenn auch der letzte Jude für Hitler das Totengebet gesprochen hat".

Der Verehrung Adolf Hitlers und dem Wunsch Hellingers einer christlichen sowie jüdischen Versöhnung mit ihm korrespondiert ein kaum verhüllter Antisemitismus. So nennt Hellinger in „Der Abschied" Kinder jüdischer Eltern (Mütter wie Väter) „Halbjuden", dem Begriff, den die Nazis 1935 durch die 1. Verordnung zum Reichsbürgergesetz allen „Mischlingen ersten Grades" gaben. In Hellingers Kommentaren zu Familienaufstellungen wird zwar behauptet, den jüdischen Opfern werde eine „ganz tiefe Achtung" entgegengebracht, die diese auch verdient hätten. Diese postulierte Achtung wird jedoch durch die Aufstellungen selbst entlarvt. So wird ein deutscher „Großvater" entlastet, indem der Tod der von ihm erschossenen zehn jüdischen Kinder als etwas Unpersönliches verkündet wird, hinter dem „etwas Größeres ist", das man würdigen müsse. Eine ebenfalls an Hellingers Veranstaltungen teilnehmenden Frau, die unter der Kapitelüberschrift „Der Vater von Elisabeth war Halbjude" vorgestellt wird, wird von Hellinger dazu genötigt, folgenden an ihren Ehemann gerichteten Satz nachzusprechen: „Ich würdige, dass du mich geheiratet hast, obwohl ich eine Jüdin bin".

An Hitler und am deutschen Faschismus findet Hellinger – um mit Ernst Bloch zu sprechen - „so viele gute Kerne, dass diese fast wie Sonnenblumen aussehen". Seine explizite Anerkennung der Grundhaltung Adolf Hitlers und seine antisemitischen Anspielungen zeigen, dass Hellinger ein kryptofaschistisches Projekt verfolgt, das kritisiert und bekämpft zu werden verdient hat.

Dr. Klaus Weber ist Professor für Psychologie an der FH München und Gastprofessor an der Universität Innsbruck. Zum Thema veröffentlichte er in: Colin Goldner (Hg.) (2003): Der Wille zum Schicksal. Die Heilslehre des Bert Hellinger (Wien: Überreuter Verlag). Zuletzt erschien: Der blinde Fleck. Psychologische Blicke auf Faschismus und Rassismus (Hamburg: Argument Verlag, 190 Seiten, 15,50 Euro).

Antisemitischer Aufmarsch

Am 3. Juni diesen Jahres marschierten in Hagen 60 Neonazis gegen eine Lesung des Vorsitzenden des „Zentralrats der Juden in Deutschland", Paul Spiegel, auf. Der Aufmarsch unter dem Motto „Der Rassismus ist ein Meister aus Israel" war von den Hagener Behörden zugelassen worden. Spiegel stellte in Hagen seine Autobiographie „Wieder zu Hause? Erinnerungen" vor. Die dem Kameradschaftsspektrum entstammenden Neonazis kamen bis auf wenige hundert Meter an den Ort der Lesung heran. Dabei skandierten sie „Juden raus – aus Palästina" und schwenkten Palästinafahnen. Anmelder des Aufmarsches war der Lüdenscheider Maik Müller, der dem „Nationalen Widerstand Hagen-Lüdenscheid" zugerechnet wird.

Nolte relativiert Shoah

Der rechte Historiker Ernst Nolte hat in einem Vortrag im römischen Senat Anfang Mai diesen Jahres NS-Deutschland mit Israel verglichen. Nolte sagte: „Das einzige Element der Unterscheidung zwischen Israel und dem Dritten Reich könnte Auschwitz sein." Israel betreibe seit frühesten zionistischen Zeiten eine Kolonialisierungspolitik wie Hitler-Deutschland. Der Senat hatte Nolte zu dem Vortrag eingeladen. Danach protestierten einige ZuhörerInnen. Nolte hatte während des „Historikerstreits" Mitte der 1980er Jahre behauptet, dass die NS-Verbrechen eine Folge sowjetischer Verbrechen gewesen seien.

Rechtsextreme Polizisten

Zwei Brandenburger Polizeibeamte sind aufgrund rechtsextremer Handlungen vorläufig vom Dienst suspendiert worden. Bei einer Hausdurchsuchung waren Fotos aufgetaucht, auf denen die Polizisten den Hitlergruß zeigten. Auf einem weiteren Foto ist einer der beiden mit einer Hakenkreuzfahne abgebildet. Die Beweismittel wurden der Staatsanwaltschaft übergeben.

Ende einer Debatte?

Opferdiskurs als „Vergangenheitsbewältigung“

Auf die Schuld an der millionenfachen Negation des Tötungstabus trifft jeder, der sich in die Nähe der NS-Verbrechen begibt. Je mehr ein Bewusstsein der Unausweichlichkeit und Irreversibilität dieser Schuld fehlt, desto eher zeigen sich Versuche, ihr durch Umdefinitionen der historischen Realität zu entgehen.

Von Jan Lohl

In der Bundesrepublik wurde im vergangenen Jahr neben der Kontroverse um Martin Walsers Buch „Tod eines Kritikers“ erneut die Frage nach den Leiden der Deutschen durch die alliierten Luftangriffe im 2. Weltkrieg diskutiert. Maßgeblich angestoßen wurde diese Debatte durch die Veröffentlichung „Der Brand“ des Historikers Jörg Friedrich. Das Thema wurde rasch aufgegriffen - etwa in Guido Knopps Film „Der Bombenkrieg“ oder in der Zeitschrift „Geo“. Beide Debatten verbindet eine Parallele: Es wird das Bild einer Vergangenheit konstruiert, in dem die konkrete Erinnerung der Verfolgung und Vernichtung der europäischen Juden nicht mehr enthalten ist.

Der Wunsch, Verbrecher zu sein

Der FAZ-Herausgeber Frank Schirrmacher lehnte den Vorabdruck von „Tod eines Kritikers“ öffentlich ab und löste damit die jüngste Walser-Debatte aus (vgl. DRR Nr. 77): Walsers Buch sei eine literarische Tötungsphantasie, die sich auf den Überlebenden der NS-Vernichtungspolitik Marcel Reich-Ranicki beziehe. Bereits während der Walser-Bubis-Debatte im Jahr 1998 hatte Walser einen Mangel an Sensibilität gegenüber der historisch begründeten Verletzbarkeit eines NS-Opfers gezeigt. „Tod eines Kritikers“ wurde also vor dem Hintergrund der Reden und Essays Walsers zur deutschen Vergangenheit über die literarische Qualität hinaus auf seinen politisch-historischen Gehalt hin befragt: Potenziert Walser eine Unterscheidung von Juden und Nicht-Juden und „bewältigt“ damit die NS-Vergangenheit?

Die Literaturwissenschaflerin Ruth Klüger warf Walser vor, eine „gemäßigte Judenverachtung weiter Bevölkerungsschichten“ zu befördern, „mit der sich (scheinbar) leben“ lässt, da diese (noch) nicht mörderischem Handeln entspricht, sondern einem auf die Juden projizierten Neid. Diesen Neid entdeckte der Historiker Dan Diner ebenfalls: „Der neue Antisemitismus ist durchaus der alte. Nur wirkt er in verändertem Kontext. Antisemitismus nach dem [...] Holocaust neidet den Juden so etwas wie eine negative Auserwähltheit“ – also die Unschuld der Überlebenden des Massenmords an den ihnen angetanen Verbrechen.

Mit diesem Neid auf die Unschuld der Opfer rückt Walsers Verhältnis zur Täterschaft ins Blickfeld: Walser war nicht an NS-Verbrechen beteiligt. Dies bauschte er jedoch während der Walser-Bubis-Debatte zu einer politischen Inszenierung auf, weil er, wie die Soziologin Karola Brede schreibt, „auf selbstanalytische Distanz verzichtet“. Zeigt sich eine Verbindung zur Debatte um Walsers letztes Buch? Folgende Aussage aus der jüngeren Kontroverse fällt auf: „Am unheimlichsten wirkt“ in „Tod eines Kritikers“ „ein leitmotivisch wiederkehrender Satz aus Hans Lachs fiktivem Buch `Der Wunsch, Verbrecher zu sein´: `Eine Figur, deren Tod man für vollkommen gerechtfertigt hält, das wäre Realismus.´“

Der „Wunsch, Verbrecher zu sein“ lässt sich im Zusammenhang mit dem



Neid auf die Unschuld der NS-Opfer verstehen. Der Literaturwissenschaftler Jan Phillip Reemtsma nahm an, dass Walser, übermannt von nicht mehr kontrollierbaren Affekten, das Buch „Tod eines Kritikers“ verfasste. So erlebte er schreibend selbst, was seinem Protagonisten in der Romanwelt widerfährt. Walser entlastet sich von der Schuldproblematik, der er im Umgang mit der NS-Vergangenheit und in seinem Bemühen, ein homogenes Nationalgefühl zu etablieren, begegnet, indem er – überpointiert gesagt – auf literarischer Ebene zum antisemitischen Täter wird. Die erlebte Schuldproblematik wird über ihre literarische Realisierung gelöst, indem Walser den Wunsch, Verbrecher zu sein ausbildet und ihm phantasmatisch nachgeht. Dieser Wunsch zeigte sich in Walsers Friedenspreisrede und dem anschließenden Gespräch mit Bubis noch als aggressive Inszenierung, eben keine NS-Verbrechen verübt zu haben.

Walser befördert einen sekundären Antisemitismus, der den Überlebenden der Shoah wegen ihrer Unschuld aggressiv begegnet, um sich - und um die deutsche Nation, die bei Walser stets mitgedacht werden muss - von der nicht selbstreflexiv eingeholten Schuldproblematik zu entlasten. Deswegen nimmt er die Unschuld der NS-Opfer überdeutlich wahr. Weil Walser die Schuldfrage für sich scheinbar nicht so eindeutig beantworten kann, beneidet er die eindeutig Unschuldigen Bubis und Reich-Ranicki und tritt ihnen gegenüber aggressiv auf. Hier lokalisiert er aufgrund seines Neids die Schuldproblematik projektiv und eignet sich so gleichzeitig deren Unschuld an: Dann sind es die Überlebenden, die aufgrund ihrer Existenz und ihrer Erinnerung an die eigene Verfolgung die Schuldproblematik vergegenwärtigen und damit Walsers „Seelenfrieden“ und die Unschuld der vereinigten deutschen Nation bedrohen (Täter-Opfer-Umkehr).

Mittels der (imaginierten) Realisierung der Schuldproblematik wird durch die aggressive Aneignung der begehrten Unschuld der Opfer aus dem schuldvoll erlebten Umgang mit der NS-Vergangenheit ein schuldneutraler Umgang. Perfide ist Folgendes: Die NS-Verbrechen werden nicht geleugnet, sie sollen jedoch, wie es Brede formuliert, „nicht zur Disposition stehen, vor allem nicht zur Disposition von anderen“ - nämlich der Überlebenden der Verbrechen und einer kritischen Erinnerung. So präsentiert sich die Vergangenheit ohne die genaue Erinnerung an den Vernichtungsprozess.

Verbrechen gegen die Deutschen?

Infolge der „Vergangenheitsbewältigung“ durch sekundären Antisemitismus erscheint eine von der Schuld bereinigte deutsche Nation, die ihre eigene Auseinandersetzung mit der Vergangenheit führen kann. Wie diese aussieht, verrät das „Geo“-Cover vom Februar 2003: „`Tabu-Thema´ Bomben-Krieg. Verbrechen gegen die Deutschen?“

Die folgenden Zitate verdeutlichen, dass die Auseinandersetzung mit den ernst zu nehmenden und aufzuarbeitenden Leiden der Deutschen im 2. Weltkrieg problematisch wird, wenn sie kompensatorischen Charakter annimmt. Dieser zeigt sich dort, wo Angehörige der deutschen Bevölkerung als vergleichbare Opfer neben den Opfern des Holocaust aufgereiht werden oder diese aus der Wahrnehmung verdrängen. In der Geo ist die Rede von einem „totalen Bombenkrieg" der Alliierten, in dem diese in eindeutiger Absicht die „Schwelle der Inhumanität" überschritten hätten. Dies geschah, wie Friedrich in „Der Brand" und in Knopps „Der Bombenkrieg" berichtet, indem alliierte „Einsatzgruppen" die deutsche Bevölkerung mit „Hitze und Gas" in den als „Krematorien" oder „Hinrichtungsstätten" bezeichneten Schutzräumen „ausrotteten". In der „Geo" heißt es: „Zwischen Mai und Juli 1944 werden in Auschwitz mehr als 400 000 Juden umgebracht – etwa so viele, wie Deutsche im gesamten Bombenkrieg starben." Nach den unterschiedlichen Bedingungen von Bombenkrieg und NS-Verbrechen, nach der Geschichtlichkeit des Massenmordes und der historischen Kausalität des 2. Weltkriegs wird nicht mehr gefragt. Nicht die Gleichzeitigkeit von 2. Weltkrieg und dem früher begonnenen Vernichtungsprozess wird thematisiert, sondern fälschlicherweise deren Vergleichbarkeit.

Ungenaue Auseinandersetzung

Dieser kompensatorische Charakter einer Bearbeitung der unbestrittenen Leiden der Deutschen im 2. Weltkrieg stimmt mit dem sekundären Antisemitismus, wie Walser ihn befördert, in einem Punkt überein: Die genaue Erinnerung an die NS-Verbrechen und die Erinnerungen der Überlebenden werden zum Verschwinden gebracht und versehen den Umgang mit der NS-Vergangenheit mit einem nationalen Signum. Die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit wird zur reinen - einer von den Opfern der NS-Verbrechen bereinigten - nationalen Selbstthematisierung und schafft die Möglichkeit eines verwirklichten homogenen Nationalgefühls.

Dies ist ohne Zweifel ein Rückschritt, der jedoch nicht nur auf eine regressive Kontinuität etwa in Walsers Arbeiten reduziert werden darf. Die kollektiv-historische Dimension dieses Rückschritts lässt sich aus der Perspektive einer generationengeschichtlich geöffneten Sozialpsychologie kenntlich machen: Nach Ansicht des Soziologen Christian Schneider haben die Nachkommen der Täter, Mitläufer und Zuschauer des nationalsozialistischen Massenmords, die an der Protestbewegung in den 1960er und 1970er Jahren partizipierten, einen Anklägerstandpunkt gegenüber der Elterngeneration eingenommen. Dieser ging „mit einer unbewussten Opferidentifikation einher, die es ermöglichte, das Postulat, sich in die Opfer einzufühlen, zur Maxime eines aggressiven Selbstschutzes zu machen." Nachkommen der Täter, Mitläufer und Zuschauer können die Schuld ihrer Vorfahren - psychodynamisch zutreffend - als Teil der eigenen Person erleben. Aufgrund der Opferidentifikation wird das eigene Schuldgefühl bei Angehörigen der Generation projektiv verortet, der die Verantwortlichen und Mitverantwortlichen der Verfolgung und Vernichtung tatsächlich entstammen. Während die erste Generation sich ihrer eigenen Vergangenheit weitgehend entzog, stellte die Opferidentifizierung vieler 68er eine notwendige Phase zur Aufarbeitung der NS-Verbrechen dar. Sie war ein erster Schritt die Unfähigkeit zu trauern (Mitscherlich) zu überwinden.

Falls die imaginierte Realisierung der Schuldproblematik an den Opfern oder die Ersetzung der Erinnerung an den Vernichtungsprozess durch die Erinnerung an eigenes Leiden sich als herrschender Umgang mit der Vergangenheit durchsetzt, wäre dies ein Rückfall hinter die bereits erreichte (psychosoziale) Perspektive einer Aufarbeitung der Vergangenheit - vor allem in ihrer moralisch-politischen Dimension. Denn eines zeigen die Debatten überdeutlich: Die ungenaue Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und dem deutschen Massenmord steht in einem unbedingten Wechselverhältnis mit einer spezifischen Reaktivierung von Antisemitismus und Nationalismus.

Jan Lohl ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie und Sozialpsychologie der Universität Hannover.

Stimmgewinne allerorts



Belgiens extreme Rechte bei Wahlen erfolgreich

Unser einigermaßen kompliziertes Nachbarland Belgien hat am 18. Mai diesen Jahres gewählt. Der „Vlaams Blok", eine separatistische und neorassistische Partei, die nicht unter dem Modewort „Rechtspopulismus" verharmlost werden sollte, konnte ihr Ergebnis erneut steigern. Auch der belgische „Front National" ist künftig in der Kammer und im Senat vertreten.

Von Alfred Schobert

Der „Vlaams Blok" (VB), bei der deutschen extremen Rechten ein beliebter Bündnispartner (vgl. DRR 53, S. 4-6), hatte allen Grund, seine Wahlergebnisse stolz zu präsentieren. Bei der Wahl für den Senat erhielt der VB, hier wohl die Zahl für Flandern nennend, 18,21% (gegenüber 15,04% im Jahr 1999). Belgienweit gerechnet sind es, nach amtlicher Angabe, 11,32 % gegenüber 9,41 % 1999. In absoluten Zahlen: 741.940 Stimmen gegenüber 583.208 Stimmen 1999. Entsprechend erhöhte sich die Zahl der Sitze um einen auf fünf. Bei der Wahl der Kammer steigerte sich der VB gegenüber 9,87 % 1999 auf 11,59 (das sind die Zahlen für Belgien). In absoluten Zahlen: 761.407 Stimmen gegenüber 613.523 bei der Wahl 1999. Die Zahl der Sitze erhöhte sich um drei auf 18.

Regional aufgegliedert ergibt sich bei der Wahl zur Kammer folgendes Bild: In seiner Hochburg Antwerpen steigerte sich der VB noch einmal von 20,87% auf 24,09 (7 statt bisher 6 Sitze). In Brüssel-Halle-Vilvoorde erreichte der VB 10,3 % (gegenüber 8,66%). Mager war das Ergebnis in Hengouwen (frz. Hainaut; dt. Hennegau), in diesem überwiegend wallonischen Gebiet war der VB 1999 nicht angetreten; hier erlangte er nur 0,85%. In Löwen verbesserte sich der VB um exakt drei Prozent auf 14,89%. In Limburg um fast drei Prozent auf 15,65%, in Ost-Flandern von 15,36% 1999auf 16,77%, in West-Flandern von 11,13% auf 14,09 %.

Das Wahlprogramm 2003 des VB war „Een toekomst vor Vlaanderen" betitelt und führte auf 98 Seiten einen Zukunftsplan für Flandern aus. Schon die Nennung der ersten Themen zeigt, wo's langgeht: 1. Unabhängigkeit Flanderns; 2. Innere Sicherheit und Justiz; 3. Einwanderung. Schon am Aufbau sieht man, dass „Innere Sicherheit" und damit Assoziiertes (Einwanderung) das Top-Thema ausmachen – neben dem Identitätsthema wohlgemerkt, der Unabhängigkeit Flanderns.

Der erfolgreiche Wahlkampf des VB war eine ganz auf den Komplex „Innere Sicherheit/ Ausländer" konzentrierte Kampagne. Sie zielte insbesondere auf die nach dem 11. September 2001 zusätzlich angefeuerte „Sicherheits"-Subjektivität, wie sie uns auch aus hiesigen Verhältnissen gut bekannt ist. Filip Dewinter, Vorsitzender der VB-Fraktion im flämischen Parlament und Chef der VB-Fraktion im Antwerpener Kommunalparlament, stellte entsprechend im April diesen Jahres sein neues Buch „Zerotolerantie tegen criminaliteit" vor.

„Flandern ist kein Einwanderungsland", lautet das den Ist-Zustand leugnende Dogma „Die offizielle Propaganda, die multikulturelle Gesellschaft sei alleinseligmachend, muss beendet werden. [...] Das undurchdachte multikulturelle Dogma fragmentiert unser Zusammenleben und schafft unannehmbare Apartheid. Die flämische Kultur (in all ihren Facetten) bleibt die (Leit-)Kultur [(leid)cultuur] in Flandern. Menschen anderer Kultur müssen sich an unsere anpassen."

Insbesondere zielt die Wahlpropaganda des VB gegen Einwanderer aus zwei dominant muslimisch geprägten Staaten, Marokko und die Türkei. Der Neorassismus des VB ist vor allem antiislamischer Rassismus. Deutlich wird dies auch beim Punkt: „Nationaler und internationaler Kampf gegen den Terrorismus" im Kapitel „Sicherheit": „Europa ist den Anschlägen und Aufständen der letzten Jahre nicht entkommen. Denken wir nur an die Bombenexplosionen in der Pariser U-Bahn und an die Krawalle in Brüssel und Antwerpen. Seit dem 11. September 2001 hat sich zudem bewahrheitet, was der Vlaams Blok immer schon gesagt hat: Belgien ist die europäische Drehscheibe des islamischen Fundamentalismus. Über die Problematik des internationalen Kampfes gegen den Terrorismus macht man sich in Belgien viel zu wenig Gedanken. Die leichtfertige Staatsangehörigkeits-Gesetzgebung, die automatische Vergabe der belgischen Staatsangehörigkeit und eine viel zu lockere Visumspolitik machen einen wirkungsvollen Kampf gegen den Terrorismus beinahe unmöglich."

Für viel Aufsehen sorgte, dass es dem VB in Antwerpen mit seiner Thematisierung von „Sicherheit" und Agitation gegen (vor allem junge) Einwanderer aus muslimischen Ländern sowie ostentativ proisraelischen Bekenntnissen gelang, Zuspruch bei Teilen der orthodoxen jüdischen Gemeinde der Stadt zu finden. Filip Dewinter konnte gar einer jüdischen Antwerpener Wochenzeitung ein viel beachtetes Interview geben.



Rassistischer Cartoon der „Front Nouveau de Belgique": „Öffne dich, hier sind die 40 Räuber" und „Alle, die der Türkei den Eintritt verwehren, haben Angst vor dem Islam"

Der belgische „Front National" blieb zwar landesweit unter fünf Prozent, wird aber dennoch sowohl in der Kammer (durch Daniel Féret, seinen Anführer, der in Hainaut mit 26,91% [8.739 Stimmen] der bestplatzierte Kandidat war) als auch im Senat (mit einem gewählten und einem kooptierten Senator) vertreten sein. Auch hier die Zahlen: Bei der Senatswahl erlangte der belgische FN 2,25 % (147.305 Stimmen) gegenüber 1,5 % (92.924 Stimmen) 1999. Bei der Wahl für die Kammer waren es 1,98 % (130.012 Stimmen) gegenüber 1,45 % (90.401Stimmen) 1999.

Der Parteichef Daniel Joseph Henri Féret (Jg. 1944), Doktor der Medizin, bekennt in seiner Selbstdarstellung, dass er sich 1961 für die „Restauration Nationale", die der Terrorgruppe OAS nahe stand, engagierte. Zu seinem Engagement bei „Jeune Europe" (begründet von Jean Thiriat) lässt die Selbstdarstellung nicht aus, darauf hinzuweisen, dass diese Organisation in Frankreich verboten worden sei. 1963 ging Féret an die Freie Universität Brüssel, wo er das Engagement bei „Jeune Europe" fortsetzte. 1971 trat er dem PLP bei, einer liberalen Partei, „um dort für die von Jeune Europe geerbten nationalistischen Ideen zu kämpfen". 1974 verlässt er den PLP und konzentriert sich, wie die Selbstdarstellung vermuten lässt, für einige Jahre auf die Medizin. 1984 war er beteiligt an der Bildung der „Alliance pour la Nouvelle Démocratie" (AND), die er zur Fusion mit der „Union pour une Nouvelle Démocratie" (UND) brachte. 1985 verließ er diese Bewegung und gründete alsbald den „Front National"(FN), dessen Präsident er seither ist. 1994 errang Daniel Féret für den FN ein Mandat im Europa-Parlament.

Das 20 Seiten umfassende Programm des belgischen FN ist durch und durch neorassistisch, angefangen beim Auftakt „Beschäftigungspolitik". Auf „Soziales und Wirtschaft" folgt dann auch gleich ein eigener Punkt „Einwanderung". Wirtschafts- und sozialpolitisch vertritt der belgische FN einen „capitalisme populaire". Das ist keineswegs ein „populärer", also bei den Leuten „beliebter Kapitalismus". Um nicht gleich mit „völkischer" oder „volksgemeinschaftlicher Kapitalismus" zu übersetzen, könnte gesagt werden, es handle sich um „Volks-Kapitalismus". Groß geschrieben wird, nachdem zuvor gegen die Gewerkschaften gewettert wurde, die Betriebsgemeinschaft: „Die Arbeiter müssen sich mit dem Leben ihrer Unternehmen verbinden, so dass die beinahe systematisch gewordene Konfrontation zwischen Unternehmen und Arbeitern vermieden wird."

Zum Thema Europa fordert der belgische FN, die Grenzen Europas zu definieren und „unzweideutig den EU-Beitritt von Ländern wie der Türkei, Marokko und Israel sowie aller anderen nicht-europäischen Staaten abzulehnen". Europa steht auch im Zentrum des außenpolitischen Programms: Europa müsse „seine Unabhängigkeit gegenüber den USA und der UNO" behaupten. Das Zauberwort heißt „Souveränitäts-Prinzip", gegen Versuche von „Lobbies und anderen globalistischen Organisationen die Identitäten zu zerstören, wovon gewisse Staaten (wie die USA) und gewisse Multinationale profitierten". Der Kampf richtet sich gegen die, wie es in Überschrift heißt, „Dogmen der ‚Neuen Weltordnung'".

Entsprechend setzt der belgische FN militär- und sicherheitspolitisch auf Europa. Es gelte, eine „unabhän-

gige europäische Militärallianz" zu schaffen, die sich schnell zu einer „wirklichen integrierten europäischen Armee entwickeln" müsse. Das dahinter stehende Ziel ist, Europa von der „US-amerikanischen Vormundschaft (NATO) und der der UNO" zu befreien. Belgien müsse die Teilnahme an „kriegerischen Missionen der NATO und der UNO, die auf eine Neue Weltordnung zielten", verweigern.

Der „Front Nouveau de Belgique" (FNB) entstand 1995 unter Führung Marguerite Bastiens als Abspaltung vom belgischen FN. Vom November 1995 bis September 1996 nannte man sich „Front National - National front" (häufig abgekürzt als FN-bis) und führte einen Namenskrieg mit dem FN; schließlich nannte man sich FNB. Die Zeitschrift des FNB ist „Le Bastion". Der FNB ist bei den Wahlen in der Konkurrenz zum belgischen FN untergegangen. Für den Senat kandidierte man gar nicht; bei der Wahl zum Repräsentantenhaus errang man magere 0,1% (6.736 Stimmen) gegenüber 0,36% (22.491 Stimmen) 1999. Intellektuelle Schützenhilfe erhielt der FNB von Guillaume Faye (Ex-GRECE), der im Parteiblatt „Le Bastion" seine krass antiislamisch-rassistischen Positionen zum Besten gab. Auch Robert Steuckers („Synergies Européennes") ist mit mehreren Interviews für „Le Bastion" in der Internet-Propaganda des „Front Nouveau" präsent. Er malt dort das Horrorszenario aus, dass der EU-Beitritt der Türkei dazu führen werde, dass 170 Millionen Türken bzw. zu „Turk-Völkern" gehörende „Nicht-Europäer" Europa „überfluten" würden.

Der „Mouvement Nation" („Bewegung Nation"), dem Selbstverständnis nach „revolutionäre Nationalisten", gehört zum Umkreis des nach dem versuchten Attentat auf Chirac im Juli letzten Jahres verbotenen losen Organisationverbundes „Unité Radicale". Anführer der Truppe ist Hervé Van Laethem. Er war einer der Anführer der 1988 gegründeten Gruppe „Assault" („Angriff"). „Assault" ging aus der frankophonen Brüsseler Sektion der (überwiegend flämischen) Neonazi-Gruppe „Vlaamse Militanten Orde" (VMO) hervor und war spezialisiert auf „Ordnerdienst" und Kommandounternehmen. 1995 verbündete sich „Assault" mit der FN-Abspaltung, die jetzt als FNB firmiert. „Assault" und der „Mouvement Referendum" führten die radikalste Strömung im FNB und kontrollierten dessen Jugendorganisation. Nun aber geht man eigene Wege. Der „Mouvement Nation" kandidierte nur in Brüssel-Hal-Vilvoorde und in Hainaut (hier gegen einen schwachen VB und einen starken FN) und erlangte insgesamt, laut amtlicher Angabe, 4.190 Stimmen.

In die Apartheid zurückbomben



Rechtsradikale Weiße beim Waffentraining in Südafrika

Terrorgruppe „Boeremag" vor Gericht

22 weiße Südafrikaner stehen in Pretoria vor Gericht. Ihnen wird als Mitgliedern der „Boeremag" (Burenmacht) Hochverrat, Terrorismus, Sabotage, versuchter und vollendeter Mord sowie Waffen- und Sprengstoffbesitz vorgeworfen. Das Strafmaß für Hochverrat reicht von 15 Jahren bis lebenslänglich. 369 Belastungszeugen sind aufgeführt, das Verfahren könnte bis zu drei Jahre andauern.

Von Karl Kleinschmidt

Es ist der erste Hochverratsprozess unter einer schwarzen Mehrheitsregierung. Der Prozess sollte am 19. Mai diesen Jahres beginnen, doch er wurde mehrere Male verschoben. Grund waren Streitigkeiten um die Anwaltskostenübernahme durch die Gerichtshilfe für einige Angeklagte, die Ende Juni noch anhielten. Von der Möglichkeit, vor Prozessbeginn ein Geständnis zu machen und so eine geringere Strafe auszuhandeln, hatte nur ein Angeklagter Gebrauch gemacht. Dawid Oosthuizen hatte sich in einem Fall des Terrorismus für schuldig bekannt, im Gegenzug wurden alle weiteren Vorwürfe gegen ihn fallen gelassen. Er erhielt eine Haftstrafe von 12 Jahren, von denen vier zur Bewährung ausgesetzt sind und kann somit als Zeuge im Prozess geladen werden. Der Farmvorarbeiter hatte zehn Autos angemietet, die in Johannesburg im September letzten Jahres als Autobomben zum Einsatz kommen sollten. Den Plan hatte „Boeremag" jedoch aufgegeben, nachdem die Sicherheitskräfte Wind davon bekommen hatten.

Die südafrikanische Polizei hatte Anfang letzten Jahres begonnen, die „Boeremag" aufzurollen. Bei den Razzien fielen ihnen auch Planspiele in die Hand, die erläuterten, wie sich die „Boeremag"-Verschwörer ihre Machtübernahme vorstellten. Sie wollten ein Blutbad unter der schwarzen Bevölkerung anrichten, um Fluchtwellen der schwarzen und indischstämmigen Bevölkerung auszulösen und sie zu vertreiben. Prominente Politiker, darunter Präsident Thabo Mbeki wollten sie ermorden und inhaftierte weiße Rassisten frei pressen.

Die Waffenmengen, auf die die Ermittler stießen, waren immens. Doch der Verfolgungsdruck war bereits so groß, dass „Boeremag" seine Kapazitäten nicht mehr entfalten konnte. Bei den neun Bomben in Soweto Ende Oktober letzten Jahres war die Polizei zentralen „Boeremag"-Leuten bereits dicht auf den Fersen. Damals war eine Bewohnerin Sowetos getötet wurden - darauf bezieht sich der Mordvorwurf in der Anklage. Erst im März bekannt geworden ist ein versuchter Mordanschlag auf Nelson Mandela im Oktober letzten Jahres. Doch „Boeremag" konnte die Bombe nicht zum Einsatz bringen, da der frühere Präsident zu einer Schuleröffnung nicht mit einem Auto, sondern mit einem Hubschrauber anreiste.

Eine großmundig angekündigte breite Anschlagswelle für Dezember letzten Jahres vereitelte die Polizei mit der Inhaftierung der letzten gesuchten „Boeremag"-Krieger. Das hätte allerdings auch schief gehen können. Einer der Festgenommen transportierte gerade an die 400 kg Sprengstoff, versetzt mit Metallteilen. Auf einer Farm fand die Polizei weitere 500 kg.



Wolfgang Schüssel

Wieder gut gemacht?

Entschädigungspraxis in Österreich

Am 28. Mai diesen Jahres endete die Einreichfrist für Anträge an den österreichischen Fonds zur Entschädigung von Nazi-Opfern. Als solche sehen sich auch die Habsburger, daher verlangen sie nun die Rückgabe beschlagnahmter Vermögenswerte oder deren finanzielle Abgeltung.

Von Heribert Schiedel

Mit den geforderten 200 Millionen Euro würden sie den etwa mit diesem Betrag dotierten Fonds zu Lasten der übrigen AntragstellerInnen fast vollständig ausräumen. Genau dies wollte die jüdische Gemeinde in Österreich verhindern. Nun ist sie angesichts der Hinhaltetaktik der Regierung jedoch ihrerseits gezwungen, Entschädigung für geraubtes und zerstörtes Gemeindeeigentum beim Fonds zu beantragen. Angesichts ihrer finanziellen Notlage trat die „Israelitische Kultusgemeinde" (IKG) im Mai zudem mit einem Hilferuf an die Öffentlichkeit: Falls die Regierung ihre Mittel für den Erhalt der Gemeinde nicht drastisch erhöhe, müsse diese Anfang Juli mit ihrer Liquidation beginnen. Da die Koalition aus ÖVP und FPÖ dieser Forderung erwartungsgemäß nicht nachkommt, wurden bereits die ersten Schritte zur Auflösung der IKG unternommen. In einer Aussendung heißt es dazu: „Dies ist der Anfang vom Ende der wieder aufgebauten Gemeinde. Innerhalb weniger weiterer Jahre werden vor allem junge Gemeindemitglieder auswandern. Wien ist dann (wieder) eine `Stadt ohne Juden´".

Nach der Zerschlagung der Habsburgerischen Despotie sah sich das Herrscherhaus 1919 der Beschlagnahmung ihres Vermögens durch die junge Republik ausgesetzt. Das klerikalfaschistische Regime machte 1935 diese Schritte weitgehend rückgängig und richtete für die adelige Großfamilie einen Familienversorgungsfonds ein. Dieser wurde nach dem „Anschluss" Österreichs von den Nationalsozialisten wieder aufgelöst. In der Zweiten Republik behielten die diesbezüglichen Verordnungen ihre Gültigkeit. Mehrmals blitzten die Habsburger seit 1945 mit ihrem Ansuchen nach Rückerstattung und/oder Entschädigung vor den Höchstgerichten ab. Die damals wie heute entscheidende Frage dabei ist die nach der Legitimität und Verfassungskontinuität des „Ständestaates" (1934-38): Ist diese nicht gegeben, wovon maßgebliche Rechtsgelehrte ausgehen, dann würden die NS-Regelungen nur die Wiederherstellung vormals gültigen Rechts bedeuten und die Habsburger (in ökonomischer Hinsicht) keine Nazi-Opfer sein.

Klarer ist der Sachverhalt im Falle der IKG, die seit 1945 weitgehend erfolglos versucht, ihr Eigentum zurück oder entschädigt zu bekommen. Unmittelbar nach Kriegsende gab die Republik 230 Grundstücke mit den Resten zerstörter Synagogen und Infrastruktur zurück, in den 60er Jahren erfolgte eine Zahlung von rund vier Millionen Euro. Bei den Verhandlungen zum Entschädigungsfonds in den USA wurde seitens der Regierung die Frage nach weiteren Restitutionen für die Gemeinde erfolgreich ausgeklammert. Gleich den einzelnen NS-Opfern sollte auch die IKG Anträge an den Fonds stellen. Der Gemeinde erschien dies inakzeptabel und daher sah sie sich außerstande, das „Washingtoner Abkommen" (2001) zu unterzeichnen. Hingegen konnte im Sommer 2002 mit den Bundesländern eine Vereinbarung über die Abgeltung von Vermögensverlusten in der Höhe von rund 18 Millionen Euro getroffen werden. Jedoch ist die Auszahlung dieser Mittel (wie der des Entschädigungsfonds) davon abhängig gemacht worden, dass in den USA keine weiteren Klagen von NS-Opfern gegen die Republik eingebracht und die laufenden Verfahren eingestellt werden. Um nicht ihrer Ansprüche verlustig zu gehen, sah sich die IKG nun doch gezwungen, 777 Anträge beim Entschädigungsfonds einzureichen. Damit hat sich aufs erste die Koalition aus ÖVP und FPÖ durchgesetzt.

Der vorherrschende Zynismus, der die IKG zur Konkurrenz mit einzelnen Opfern zwingt, verdeutlicht sich auch in den ausgebliebenen Reaktionen auf den öffentlichen Hilferuf zur Absicherung jüdischen Lebens in Österreich. Die 7.300 Mitglieder zählende IKG sieht sich aufgrund ihrer angespannten finanziellen Lage außerstande, die Infrastruktur weiter aufrecht zu erhalten. Bis vor kurzem konnten die jährlichen Defizite noch durch den Verkauf von Liegenschaften und durch Kredite abgedeckt werden. Nun bräuchte die IKG eine Erhöhung der jährlichen Subventionen um 2,7 Millionen Euro, damit nicht erstmals nach 1945 in Westeuropa eine jüdische Gemeinde zusperren muss. Nach einem mehrwöchigen Schweigen bot die Regierung Anfang Juni diesen Jahres der IKG eine „Überbrückungshilfe" in Form von zinsenfreien Vorauszahlungen auf die zu erwartenden Entschädigungen an. Die Gemeindeführung wies dies umgehend als „unmoralisch" zurück und hat nun mit ersten Kündigungen und einer Mittelkürzung von bis zu 50% begonnen. Davon betroffen sind die religiösen Dienste, der Schulbereich, Sozialeinrichtungen und die zahlreichen Vereine.

Stellvertretend für den Geist, der aktuell von den Regierungsbänken weht, kann die Aussage des Kärntner FPÖ-Abgeordneten Uwe Scheuch betrachtet werden: Er unterbrach einen sozialdemokratischen Parlamentarier, der eine Unterstützung der IKG durch die Republik einforderte, mit Zwischenrufen: „Das darf doch nicht war sein!", „Unterstützen wir doch lieber unsere Bergbauern!" Und Bundeskanzler Schüssel selbst soll die Forderung der IKG nach Mitfinanzierung der immer umfangreicheren Sicherheitsmaßnahmen mit der Äußerung abgetan haben, er sei nicht bereit, „abgetakelte Mossad-Agenten" zu bezahlen.

PS: Im Herbst 2000 schrieb die Filmemacherin und Autorin Ruth Beckermann in „profil" 42/2000 über Österreich: „Für Juden ist es nicht der richtige Ort."

Le Pen bleibt ausgeschlossen

Jean-Marie Le Pen bleibt für ein Jahr vom Europaparlament in Brüssel ausgeschlossen. Der EU-Parlamentssitz war dem Vorsitzenden des „Front National" im April diesen Jahres aberkannt worden, weil er eine sozialistische Kandidatin vor laufender Kamera geschlagen hatte. Daraufhin war er im Oktober 2000 vom Abgeordnetenhaus ausgeschlossen worden. Le Pen hatte dagegen Rechtsmittel eingelegt und in einer früheren Entscheidung zunächst Recht bekommen.

Revanchistisches Gedenken

Die „Kameradschaft Freikorps- und Bund Oberland" hielt zum 82. Mal ihre Annaberg-Feier ab. Auch Burschenschafter und die „Junge Landsmannschaft Ostpreußen" machten ihre Aufwartung.

Von Magnus Bosch

Während die Katholiken Erstkommunion und die Evangelischen Konfirmation feierten, fand vor der Schlierseer St-Georgs-Kapelle am 18. Mai diesen Jahres eine Veranstaltung der etwas anderen Art statt: Die „Kameradschaft Freikorps- und Bund Oberland" führte dort unbehelligt zum mittlerweile 82. Mal ihre Annaberg-Gedenkfeier durch. Rund 120 Besucher kamen diesmal in die oberbayerische Marktgemeinde Schliersee (Landkreis Miesbach), um ihre 1921 in Oberschlesien beim Kampf um den Annaberg gefallenen „Helden" zu würdigen. Regelmäßiger Gast bei der Feier ist Heinrich Himmlers Tochter Gudrun Burwitz, eine Kultfigur alter und junger Nazis.

Traditionell hatten sich Kreisgruppen der „Landmannschaft der Oberschlesier" (LdO) aus Augsburg und Nürnberg und der „Schlesier-Verein München" mit Trachten und Fahnen aufgemacht. Auch die Landesverbände Bayern-Österreich und Sachsen der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen" (JLO), die vor drei Jahren wegen zu radikaler Töne aus der „Landsmannschaft Ostpreußen" ausgeschlossen wurde, hatten zur Teilnahme an der Gedenkfeier mobilisiert.

Gertrud Müller, Vorsitzende der LdO in München, ergriff während der Messe das Wort: „Wir empfehlen Gott unsere Landsleute in Oberschlesien, in Bayern, die Familien und Freunde des Freikorps- und Bund Oberland. Schütze sie, besonders die junge Generation, und erhalte ihnen bei allen Anfechtungen einen starken Glauben wie einst unseren Vätern. Retter der Welt sei mit uns! Wir denken an die vielen Opfer von 1921 auf dem Sankt Annaberg."

Im Anschluss stellte sich die Feiergemeinde an der in die Kapellenmauer eingelassene Gedenktafel auf, um die 52 bei der Erstürmung des Annabergs gefallenen Kämpfer zu ehren. Mehrere Männer traten an die Kränze. Sie sparten nicht mit markigen Worten: „Schlesien wird wieder deutsch werden", versicherte ein älterer Herr im Brustton der Überzeugung. Die Chancen hierfür hätten sich in letzter Zeit deutlich verbessert. Auch der Münchner „Schlesier"-Funktionär Rudolf Maywald ergriff das Wort. Er ist überdies Mitglied des Landesverbands Bayern des deutschtümelnden „Vereins für deutsche Kulturbeziehungen im Ausland".



Gertrud Müller erbittet in Schliersee göttlichen Beistand für die toten Annaberg-Kämpfer

Gegen Mittag war der Spuk vor der Kapelle vorbei und die illustre Mischung aus älteren Heimatvertriebenen, jungen „Ostpreußen", Burschenschaftern und Freikorps-Mitgliedern ging zum gemütlichen Teil über. Für die Marktgemeinde und die Betreiber des Restaurants des Schlierseer Kurzentrums, das sich mitten in dem Luftkurort befindet, stellte die braune Klientel um den „Kameradschaftsführer" Jürgen Popp aus Rosenheim offensichtlich kein Problem dar.

Im Passionsspielort Oberammergau gab es kürzlich allerdings Querelen um anrüchige, aus der Zeit des Nationalsozialismus stammende Straßennamen, darunter die Oberlandstraße. Bereits vor einigen Jahren hatte die Liste „Engagierte BürgerInnen und die Oberammergauer SPD" eine Umbenennung gefordert. Der Gemeinderat beschloss letztlich mit 19:1 Stimmen, den Namen beizubehalten. Neben dem verwaltungstechnischen Aufwand dürfte diese Entscheidung auch dem Umstand geschuldet sein, dass mit dem Begriff „Oberland" heute in erster Linie eine Region bezeichnet wird. Auch die Freikorpsstraße, die auf das „Freikorps Werdenfels" zurückgeht, wird nicht umbenannt. Dort sollen - wie bei der Oberlandstraße - Zusatzschilder angebracht werden, die über andere Freikorps, so zum Beispiel aus der Zeit Napoleons, informieren. Das „Freikorps Oberland" wird die Beibehaltung jedenfalls wohlwollend zur Kenntnis genommen haben.

Akademische Weihen

Anti-Antifa an Hochschulen

Sie wittern Morgenluft, die Anti-Antifa Propagandisten und haben sich in ihren Zirkeln auf den Tag eingerichtet, an dem die Sozialdemokratie die Löffel der Macht an die CDU/CSU abgeben muss. „Rot-Grün" hat es in all den Jahren an der Regierungsmacht nicht geschafft, den Gegnern des Antifaschismus das Handwerk zu legen, was vermutlich auch nie das Ziel der Politik gewesen ist, auch wenn in Wahlkämpfen mit dem „Antifaschismus" oder „Aufstand der Anständigen" gegen Rechtsextremismus kokettiert wurde.

Von Raimund Hethey

Publikationen wie „Das antifaschistische Milieu" (Dissertation von Claus-M. Wolfschlag), „Das Handbuch des Linksextremismus" (beide Leopold Stocker Verlag) sowie „Stigmatisiert" (Aton Verlag) und die Vorträge bzw. Themen in einschlägig bekannten pseudo-akademischen Institutionen wie dem „Studienzentrum Weikersheim" (Vorsitz: Prof. Klaus Hornung),

dem „Institut für Staatspolitik“ (Dr. Karlheinz Weißmann) oder „Projekt SED-Staat an der FU Berlin“ (Prof. Manfred Wilke) belegen, dass „Anti-Antifa“ nicht nur vom militanten Straßen-Nazi, sondern auch von mit akademischen Weihen ausgezeichneten Professoren betrieben wird.

Allen Anti-Antifaschisten ist der revisionistische Umgang mit dem Nationalsozialismus, ein abgrundtiefer Hass auf alles, was irgendwie den Hauch von Kommunismus umgibt und der Glaube an den Kapitalismus der bürgerlich-patriarchal strukturierten Gesellschaft gemein.

AntifaschistInnen werden zu „Anprangerern“, „Denunzianten“ und „Kriminellen“, während den eigenen Autoren Wissenschaftlichkeit nachgesagt wird. „Im Gegensatz zu den Moderys dieser Republik sind die Autoren des Handbuchs um Objektivität bemüht. Es geht ihnen um die Bewahrung oder Wiederherstellung des antitotalitären Konsenses in unserem Land, der aufgrund der Indifferenz des bürgerlichen Lagers gegenüber linksextremistischer Agitation ins Wanken geraten ist“, schreibt etwa Bertram Dickerle, nachzulesen auf der Homepage vom „Studienzentrum Weikersheim“. Die Autoren des „Handbuch des Linksextremismus“ - neben den Herausgebern Hans-Helmuth Knütter und Stefan Winckler (Autoren in u.a. „Criticón“, „Epoche“, „Der Selbständige“) sind es Alexander Helten, Bernd Kallina („Deutschlandfunk“), Peter Meier-Bergfeld („Rheinischer Merkur“, „Deutschlandmagazin“), Klaus Motschmann („Evangelische Notgemeinschaft“), Werner Olles („Junge Freiheit“), Sebastian Prinz („Forschungsverbund SED-Staat“, Promotionskolleg TU Chemnitz), F. Roland A. Richter („Criticón“, „Gegengift“) und Claus-M. Wolfschlag („Wir Selbst“, „Synergon Deutschland“, „Junge Freiheit“) - böten „Gewähr für eine wissenschaftlich fundierte Arbeit. Neben Fallstudien u. a. zur Wirkung der 68er in der evangelischen Kirche, der ʻRevanchismus-Keuleʼ gegen die deutschen Heimatvertriebenen und ihre Verbände, zur populärkulturellen Verstrickung sogenannter ʻalternativer Kommunikationsformenʼ und zur extremen Linken im Internet, ist in diesem Handbuch eine umfangreiche Chronik des Linksextremismus von 1968 bis 1999 zu finden“, ist im „Ostpreußenblatt“ zu lesen. Verfasser des Beitrags ist Wilfried Böhm. Zusammen mit den Herausgebern des von ihm rezensierten „Handbuchs“ hat er sich in dem Ableger des „Bundes der Selbständigen“ (BdS) Nordrheinwestfalen, der „Stimme der Mehrheit“ organisiert. Seit 1997 existiert dieser obskure Verein, der für sich in Anspruch nimmt, die Mehrheit der Bevölkerung zu vertreten. Neben hausbackenen Rezepten für Mittelständler (Steuersparen, Geldanlagen, Rechtsberatung) werden im Magazin „Der Selbständige“ regelmäßig die Werke der Autoren mit wohlwollenden Besprechungen beworben, welche die „intellektuelle“ Spitze der Anti-Antifa in der Bundesrepublik bilden. Der Nachwuchs wird an bundesdeutschen Universitäten herangezogen und zur Promotion geführt. Seit April 2003 existiert besipielsweise an der TU Chemnitz ein Promotionskolleg, das von der CSU-nahen „Hanns-Seidel-Stiftung“ gefördert und von Prof. Eckhard Jesse betreut wird. 18 DoktorandInnen arbeiten am Thema „Politischer Extremismus und Parteien“ im Fachgebiet Politikwissenschaft. „Das Thema Extremismus sorgt nicht nur in Deutschland immer wieder für Schlagzeilen“, heißt es in einer universitären Pressemitteilung. „Von beiden Seiten des politischen Spektrums werden Beispiele dafür geliefert, dass Prinzipien wie Menschenrechte, Toleranz und politischer Pluralismus auch in einer Demokratie keineswegs unangefochten sind. Um dieses Thema wissenschaftlich tiefer zu ergründen, wurde im Fachgebiet Politikwissenschaft der Technischen Universität Chemnitz das Promotionskolleg ʻPolitischer Extremismus und Parteienʼ eingerichtet.“







Anti-Antifa-Pamphlete

Im Mittelpunkt des Forschungsprojekts steht laut Jesse die vergleichende Extremismusforschung, in der die Rolle von Parteien besonders berücksichtigt wird, wobei Vergleichen zwischen rechten und linken Extremismen ein spezielles Augenmerk gilt. Die auf der Homepage der TU Chemnitz einsehbaren Exposés der zukünftigen Dissertationen machen deutlich, worum es eigentlich geht. Wer glaubt, an der TU Chemnitz werde in absehbarer Zeit die Gefährlichkeit des mörderischen Neo-Nazismus ergründet und wissenschaftlich belegt, täuscht sich gewaltig; denn in den meisten Arbeiten wird es um den Nachweis darüber gehen, wie gefährlich die PDS für die bundesdeutsche Demokratie ist. Die „Sozialistische Reichspartei“ (SRP) wird zur „Partei neuen Typs“ und als „erstes ernsthaftes Experiment kurz nach dem Kriege eine rechtsextreme Sammlungsbewegung ins Leben zu rufen“ vorgestellt. Die DVU wird unter dem Aspekt erforscht, ein kommerzielles Netzwerk zu sein. Eine weitere Arbeit wird sich mit der Frage auseinandersetzen, ob der Kopf der französischen „Nouvelle Droite“, Alain de Benoist, überhaupt als „rechtsextremistisch“ bezeichnet werden darf. Die StipendiatInnen sind zum Teil keine Unbekannten, einige sind aus den Reihen des RCDS, der Burschenschaften, andere haben bereits in einschlägigen Publikationen ihre ersten Lorbeeren verdient, z.B. als Unterzeichner von Appellen der „Jungen Freiheit“ oder in Sammelbänden, die im Umfeld der „Stimme der Mehrheit“ publiziert worden sind. Andere kommen von Forschungsbereichen anderer Universitäten wie z.B. vom „Forschungsverbund SED-Staat“ an der Freien Universität Berlin, der vom ehemaligen Funktionär der „Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft“ (GEW), Prof. Manfred Wilke, geleitet wird. Dort arbeitet auch Prof. Bernd Rabehl mit. Wilke und sein Adlatus Sebastian Prinz bemühen sich eifrig, die Gefährdung der BRD durch die PDS und durch den Antifaschismus wissenschaftlich zu belegen.

Der Sammelband „Stigmatisiert“, mitherausgegeben vom Chefredakteur des Magazins „Der Selbständige“, Joachim Schäfer, der auch bei der „Stimme der Mehrheit“ aktiv ist, verfolgt ein etwas anders geartetes Ziel, nämlich die Rehabilitierung von Männern, die in der Öffentlichkeit als Verharmloser des deutschen Faschismus oder als Sympathisanten von faschistoiden Meinungen und Zirkeln durch AntifaschistInnen benannt wurden. Aus Hans Filbinger, Siegmar Faust, Lothar Groppe, Steffen Heitmann, Heiner Hofsommer, Martin Hohmann, Ernst Nolte, Bernd Rabehl, Gerd Schultze-Rhonhof, Dieter Stein und seiner „Junge Freiheit“ sowie Kurt Waldheim werden Opfer der Antifa und der „political correctness“. Über die vom deutschen Faschismus verfolgten und ermordeten Menschen und den seit 1990 über hundert umgebrachten BürgerInnen in der Bundesrepublik Deutschland wird von den Anti-Antifa-Strategen kein Wort verloren.

Fundamentale Kritik

Von Andreas Speit

Die Analyse Georg Lukács, dass die Option „einer aggressiven reaktionären Ideologie in jeder philosophischen Regung des Irrationalismus sachlich enthalten" sei, erscheint als Matrix für Claudia Barths Studie. In ihrer „Einführung in die Kritik irrationaler Welterklärungen" zeigt die Sozialpädagogin die antiemanzipatorischen und -humanistischen Positionen in der Esoterikszene und dem Psychospektrum auf.

Die seit Jahren boomende Szene mit ihren jeweils nach Erleuchtung der Gurus und Eingeweihten entwickelten Heils- und Erlösungskonzepten grenzt Barth auf immer wiederkehrende Personen und Theorien ein. So gelingt ihr eine allgemeine Skizzierung der historischen und aktuellen rechten Tendenzen des „Irrationalismus in Deutschland". Im Besonderen geht sie mit kurzen Reflektionen u.a. auf die Anthroposophie, Ariosophie, Theosophie und Lebensphilosophie ein, wie auf die Ideen Fritjof Capras, Rudolf Bahros, Bert Hellingers und des Dalai Lamas. Nicht ohne die antisemitischen Verschwörungstheorien und heidnischen Genderkonstruktionen zu analysieren.

Die, die des öfteren Publikationen zu rechten Tendenzen in der Esoterik gelesen haben, werden kaum neue Informationen finden. Doch für diese belesenen Leser ist das Buch auch nicht verfasst. Barth verdichtet stattdessen für neue LeserInnen die einzelnen Fakten zu einer grundsätzlichen Kritik am Irrationalismus, wobei sie die Renaissance der Esoterik, einhergehend mit der Remythologisierung der Politik und des Sozialen darstellt. Die spezifische Kritik an der antiemanzipatorischen und -humanistischen Position im Irrationalismus geht so in eine fundamentale Religionskritik über. Die zitierte Strophe aus dem Spottlied „Die Edelsülzer" – „Pfui Klassenkampf, wie ordinär! Wir kennen nicht Tarife! Der Reichtum kommt von innen her aus unsrer Seelentiefe. Wer bei Partys auf die Pauke haut, und sich von innen her beschaut, zieht kampflos durch das Lande, das ist doch keine Schande" – kann als gedichtetes Fazit gelesen werden. Noch deutlicher resümiert Barth selbst: „Im Wissen um die Herstellbarkeit einer Gesellschaft, die für alle Menschen Nahrung [...] und freie Entfaltung der Persönlichkeit ermöglicht, [...] liegt die Möglichkeit der Überwindung der irrationalen religiösen Bedürftigkeit". Für diese Debatte bietet die Autorin Fakten und Argumentationshilfen an. Wo die Grenze zwischen autoritärer Religiosität und humanitärer Spiritualität liegt, kann mit dieser Argumentation indes weniger diskutiert werden.

Claudia Barth: Über alles in der Welt – Esoterik und Leitkultur. Eine Einführung in die Kritik irrationaler Welterklärungen, Alibri Verlag: Aschaffenburg 2003, 206 Seiten, 14,- Euro.

Bruno Kartheuser: Walter, SD in Tulle. Die Tragödie des 9. Juni 1944. 1. Band: Die 30er Jahre in Eupen-Malmedy. Einblick in das Netzwerk der reichsdeutschen Subversion; 2. Band: Das besetzte Frankreich 1940-1943, Edition Krautgarten: Neundorf 2001/02, 424 Seiten, 49 Euro.

Kartheuser gibt einen Einblick in das Netzwerk deutscher Subversionspolitik in Belgien und Frankreich während des NS. Dabei zeigt er die vielfältigen personellen und organisatorischen Verflechtungen auf, die das „Drama von Tulle" ermöglicht haben, bei dem mehrere hundert Männer erhängt und deportiert worden waren. An den Repressionen in der französischen Stadt war neben der SS auch der SD beteiligt, wobei der St. Vither Walter Schmald – dessen Lebensweg in den Bänden rekonstruiert wird – maßgeblich für die Auswahl der Tuller verantwortlich war.

Impressum:
Verlag Der Rechte Rand GbR, Rolandstr.16, 30161 Hannover
Postanschrift: Der Rechte Rand, Postfach 1324, 30013 Hannover
Fax: 0511 / 33 60 221
redaktion@der-rechte-rand.de
www.der-rechte-rand.de
Druck: Werkdruck Hannover
Erscheinungsweise: 6x im Jahr
V.i.S.d.P.: Klaus Harbart
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

DER RECHTE RAND ist ein periodischer Informationsdienst von und für AntifaschistInnen. Er erscheint alle zwei Monate und kommt im Abo nach Hause.
Einzelpreis:
6 Ausgaben im Abonnement: 14,- Euro (Inland) 17,- Euro (Ausland)
DER RECHTE RAND, Postfach 1324, 30013 Hannover
Postgiro Hannover, BLZ 250 100 30, Kto-Nr.: 44 55 86 - 301

Hiermit abonniere ich die Zeitschrift DER RECHTE RAND bis auf Widerruf.
Name
Anschrift

Unterschrift
Ich habe
() 14,- Euro (Inland) () 17,- Euro (Ausland) überwiesen.
() 14,- Euro (Inland) () 17,- Euro (Ausland) Scheck liegt bei.
Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann.
Unterschrift

DER RECHTE RAND

Maßnahmen gegen Rechtsextremismus

Von Samuel Salzborn

Der „Aufstand der Anständigen" im Sommer 2000 blieb nicht folgenlos: seither finanziert die Bundesregierung mit einem Gesamtvolumen von mehr als 200 Millionen Euro zahlreiche (vor allem kurz- und mittelfristige) Projekte gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Wie tiefgreifend und nachhaltig der Erfolg dieses Engagements ist, wurde jetzt erstmals in einem von den Politikwissenschaftlern Heinz Lynen von Berg und Roland Roth herausgegebenen Sammelband wissenschaftlich untersucht, der auf eine Fachtagung im Frühjahr des vergangenen Jahres zurückgeht. In dem Band werden verschiedene Programme, Aktivitäten und konkrete Ansätze evaluiert, aus pädagogischer und politikwissenschaftlicher Perspektive reflektiert und Vorschläge für nachhaltige politische und pädagogische Konzepte gegen Rechts formuliert.

Auch wenn die Stärkung der zivilgesellschaftlichen Elemente durch die Fördermaßnahmen prinzipiell positiv zu bewerten sei, so die Quintessenz des Bandes, bleibt nach wie vor eine der zentralen Gefahren die Verdrängung und Verleugnung des Rechtsextremismus als gesamtgesellschaftliches Problem, dem nicht allein durch die Durchführung von einige Jahre dauernden Sonder- und Aktionsprogrammen beizukommen sei. Denn die politische Kultur könne nur längerfristig und schrittweise verändert werden. Die finanzielle Unterstützung von Maßnahmen gegen Rechtsextremismus könnte aufgrund zu kurzer Laufzeiten der Förderprogramme und des (insbesondere regional und lokal) fehlenden dauerhaften Engagements sowie stark aktionistischer Orientierungen somit den Charakter von symbolischer Politik bekommen.

Positiv wird hingegen die Einbindung von vorhandenen Kompetenzen und infrastrukturellen Faktoren bewertet, aber auch die Entstehung von neuen Initiativen und Projekten, von denen sicher einige auch das Ende der Fördermaßnahmen überdauern werden. Trotz konzeptioneller Schwächen und bisweilen mangelnder Reflexionsbereitschaft auf Seiten der Politik bleibt somit die Hoffnung auf zumindest eine gewisse Nachhaltigkeit bestehen.

Heinz Lynen von Berg/ Roland Roth (Hg.): Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus wissenschaftlich begleitet. Aufgaben, Konzepte und Erfahrungen, Leske + Budrich: Opladen 2003, 270 Seiten, 24,90 Euro.

Emil Hruška: Sudetendeutsche Kapitel. Studie zu Ursprung und Entwicklung der sudetendeutschen Anschlussbewegung, GNN-Verlag: Hamburg/ München 2003, 124 Seiten, 5 Euro.

Hruška beschreibt in seiner präzisen, gut recherchierten und politisch wichtigen Studie zur Entwicklung der sudetendeutschen Anschlussbewegung die Konstruktion der Begriffe „Sudeten" und „sudetendeutsch" sowie die Entwicklung eines eigenständigen Volksgruppenkonzeptes der Sudetendeutschen, porträtiert den faschistischen Sudetenführer Konrad Henlein, analysiert die Genese der „Sudetendeutschen Partei" und nimmt die sudetendeutsche Wühltätigkeit gegen die tschechoslowakische Demokratie unter die Lupe.

Ein Volk von Opfern

Von Samuel Salzborn

Da zeitgeschichtliche Debatten nicht selten in der Tagespresse geführt werden, ergibt sich im Nachhinein oft das Problem ihrer Rekonstruktion. Die nachträgliche Dokumentation in Buchform bietet da oft eine gute Alternative. Dies gilt auch für die durch das Buch „Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg" ausgelöste Bombenkriegsdebatte, deren wichtigste Beiträge der Historiker Lothar Kettenacker jüngst in einem Sammelband zusammengetragen hat. Der sorgfältig zusammengestellte Band zeichnet sich durch ein hohes Maß an Pluralität aus, d.h. er umfasst sowohl affirmative wie kritische Stellungnahmen. Auf diese Weise wird der Kontroversität der Debatte Rechnung getragen und zugleich werden eine Vielzahl von Argumentationsfiguren dargestellt. Besonders erfreulich ist, dass neben zentralen Beiträgen aus deutschen Medien auch einige britische Stimmen Aufnahme gefunden haben.

Zu Recht weist Kettenacker darauf hin, dass die – gerade erst begonnene – Debatte um die Deutschen als Opfer im Bombenkrieg das historische Selbstverständnis der Deutschen verändern wird. Für eine historisch wie sozialwissenschaftlich fundierte Analyse ist dabei sowohl eine historische Kontextualisierung des Themas vonnöten, wie der Blick auf die gegenwärtige Funktion der Diskussion. Zu ersterem leistet der Sammelband einen wichtigen Beitrag und es ist das Verdienst Kettenackers, so schnell eine umfangreiche Dokumentation der Debatte zusammengestellt zu haben.

Bedauerlich ist allerdings, dass die Bombenkriegsdebatte nicht in den politischen Kontext gestellt wurde, in dem sie in der Bundesrepublik stattfand: parallel zum neuen deutschen Opferdiskurs gab es im vergangenen Jahr bekanntermaßen eine massive Auseinandersetzung über den aktuellen Antisemitismus. Auch wenn der Nutzen der Bombenkriegsdebatte für die extreme Rechte in einzelnen Buchbeiträgen am Rande erwähnt wird, würde eine intensivere Auseinandersetzung mit dem Kontext des Antisemitismusstreits die besondere Dynamik des neuen deutschen Opferdiskurses möglicherweise verständlicher machen. Denn es dürfte alles andere als Zufall gewesen sein, dass Martin Walser in beiden Kontroversen einer der Hauptakteure war.

Lothar Kettenacker (Hg.): Ein Volk von Opfern? Die neue Debatte um den Bombenkrieg 1940-45, Rowohlt Verlag: Berlin 2003, 192 Seiten, 14,90 Euro.